



## Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe als Konsensimperium (1949–1971)

Geschichte

Erik Radisch

Franz Steiner Verlag

Quellen und Studien

zur Geschichte

des östlichen Europa

Herausgegeben vom Verband

der Osteuropahistorikerinnen

und -historiker e.V.



# Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa

Begründet von

MANFRED HELLMANN

Weitergeführt von

ERWIN OBERLÄNDER, HELMUT ALTRICHTER, DITTMAR DAHLMANN,  
LUDWIG STEINDORFF, JAN KUSBER und JULIA OBERTREIS

In Verbindung mit dem Vorstand des Verbandes der Osteuropahistorikerinnen und  
-historiker e.V. herausgegeben von MARTIN AUST

Band 94

Erik Radisch

DER RAT FÜR GEGENSEITIGE  
WIRTSCHAFTSHILFE ALS  
KONSENSIMPERIUM (1949–1971)

Franz Steiner Verlag

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung



Umschlagabbildung: Rede des Sekretärs des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Nikolaj V. Faddeev auf der 12. Sitzung des Exekutivkommittees des RGW, Moskau, 21.04.1964.  
Bild: V. Egorov. Aus den Beständen des RGAKFD g. Krasnogorsk (Nr. 1-60520)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes  
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2022

Layout und Herstellung durch den Verlag

Druck: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-13273-2 (Print)

ISBN 978-3-515-13282-4 (E-Book)

Für Olga und Theodor



## Vorwort

Das vorliegende Buch stellt die leicht überarbeitete Veröffentlichung meiner Dissertation dar, die im Mai 2019 von der Fakultät für Geschichtswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum angenommen wurde. Ich möchte an dieser Stelle einige Worte des Dankes an all die Menschen richten, die diesem Dissertationsprojekt helfend beigetragen oder aber unter ihm zu leiden hatten.

Allen voran gilt hier mein Dank natürlich meiner Frau Olga Pavlenko und meinem Sohn Theodor, die leider allzu oft wegen der Dissertation zurückstecken mussten und dies mit viel Geduld hingenommen haben. Euch ist dieses Buch gewidmet.

Auch meinen Eltern Christiana und Eberhard möchte ich meinen Dank aussprechen, die mir – zusammen mit meiner Frau – in der Zeit größter Frustration und Verzweiflung Mut zusprachen, nicht an diesem Projekt zu verzweifeln. Es sei Euch versichert: Ohne Euch hätte ich es wohl nie abschließen können.

Meinem Doktorvater – Prof. Dr. Stefan Plaggenborg – möchte ich ebenfalls meinen Dank aussprechen, der über all die Jahre nie den Glauben in mich und dieses Projekt verloren hatte und stets mit Rat und Tat an meiner Seite stand. Seine wissenschaftliche Leitung hat die Qualität dieser Arbeit um ein Vielfaches gesteigert und ohne seine regelmäßige Motivation hätte ich die Arbeit wohl nicht abgeschlossen.

Auch sei noch meinen Freunden und Kollegen, besonders erwähnen möchte ich Claudia, Andrea und Tobias, gedankt, die sich die Zeit und Muße genommen haben, die Arbeit Korrektur zu lesen. Ohne Euch wäre diese Arbeit nicht nur kaum lesbar, Eure wertvollen Hinweise und Verbesserungsvorschläge haben auch wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Ferner möchte ich noch meinen persönlichen Dank Elena Aleksandrovna Tjurina, der Direktorin des RGAĖ, und Sergej Ivanovič Degtev, ihrem Stellvertreter, aussprechen. Beide haben mich maßgeblich bei der Archiv-Recherche unterstützt und den Zugang zu Aktenmaterial ermöglicht, die nicht ohne Weiteres zugänglich sind.

Zu guter Letzt möchte ich noch der Fritz-Thyssen-Stiftung danken, die diese Dissertation innerhalb eines Projektes über drei Jahre großzügig förderte und auch die Drucklegung finanzierte.



# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	11
1. Das Thema der Arbeit .....	11
2. Methodische Probleme .....	20
Sozialistische Statistiken .....	20
Der Begriff Imperium .....	26
3. Forschungsstand .....	34
<b>1. Der RGW in der Stalin-Periode</b> .....	40
1.1 Die imperiale Expansion nach Osteuropa .....	40
1.2 Die sowjetischen Berater als Institution imperialer Macht .....	51
1.3 Die Gründung des RGW als imperiale Organisation .....	65
1.4 Der RGW im Kontext der sowjetischen Berater .....	72
1.5 Die imperiale Trägheit der Sowjetunion .....	98
Fazit .....	106
<b>2. Die Entstalinisierung und ihre Folgen für die imperialen Strukturen im RGW</b> .....	111
2.1 Die asynchrone Entstalinisierung .....	111
2.2 Der Niedergang des sowjetischen Beratersystems .....	131
2.3 Imperialer Gestaltungswille statt imperialer Trägheit? Die RGW-Reformen von 1954 .....	141
2.4 Die Fortsetzung der RGW-Reformen 1956 aus imperialer Perspektive ....	159
2.5 Der Oktober 1956 und die Folgen für die RGW-Zusammenarbeit .....	180
Fazit .....	189
<b>3. Konsensimperium I: Der gemeinsame Plan</b> .....	195
3.1 Versuche der Festigung des sowjetischen Führungsanspruchs .....	195
3.2 Die Preisbildungsdebatte als Beispiel sowjetischer Einflussnahme .....	208
3.3 Die Verwissenschaftlichung als Mittel zur Konsensbildung .....	220

3.4	Die Idee des gemeinsamen Plans als Ausdruck imperialen Gestaltungswillens .....	237
3.5	Die Grenzen imperialer Gestaltungsmöglichkeiten .....	255
	Fazit .....	282
<b>4.</b>	<b>Konsensimperium II: Die Konsolidierung unter Brežnev .....</b>	<b>288</b>
4.1	Die Apathie des RGW als Krise imperialer Gestaltungspolitik .....	288
4.2	Brežnevs Führungsstil als Grundlage für die Stabilisierung des RGW .....	301
4.3	Die Rückkehr der imperialen Trägheit als stabilisierendes Element .....	310
4.4	Die „Rationalisierung“ der Handelsbeziehungen als neues Mittel imperialer Einflussnahme .....	318
4.5	Die Verstetigung der imperialen Trägheit im Complexprogramm .....	350
	Fazit .....	357
	<b>Schluss .....</b>	<b>364</b>
	<b>Tabellen- und Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>385</b>
	<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>386</b>
	<b>Quellen und Literatur .....</b>	<b>388</b>
	Archive .....	388
	Veröffentlichte Quellen .....	389
	Sekundärliteratur .....	391
	Internet Ressourcen .....	407
	<b>Anhang .....</b>	<b>408</b>
	<b>Index .....</b>	<b>411</b>

# Einleitung

## 1. Das Thema der Arbeit

Wenn schon die Kapitalisten mit der Abstimmung ihrer Wirtschaftstätigkeit bestimmte Ergebnisse anstreben, so hat uns Kommunisten, uns führenden Persönlichkeiten von Staaten mit Planwirtschaft und mit gemeinsamen vereinten Zielen wie man so sagt, Gott selbst befohlen, ein Musterbeispiel an wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu bieten. Der vereinigten Front der Imperialisten können wir eine noch fester geschlossene Einheitsfront unserer sozialistischen Gemeinschaft entgegenstellen.<sup>1</sup>

Diese Worte äußerte Nikita Sergeevič Chruščev, auf der Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien im Juni 1962. Die Konferenz war ein wichtiger Versuch der Sowjetunion, die Arbeit im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu reformieren. Seine Worte sind für diese Arbeit aus mehreren Gründen interessant: Das Zitat zeigt deutlich die Einigkeit auf, zu der die kommunistische Idee in Chruščevs Augen verpflichtete. Es führt vor Augen, dass die RGW-Zusammenarbeit stets im Gegensatz zur Zusammenarbeit in Westeuropa stand, von der man sich abgrenzen und positiv abheben wollte. Es unterstreicht außerdem die Bedeutung, die die RGW-Beziehungen für die Sowjetunion besaßen. Der RGW-Zusammenarbeit wurde – zumindest von Chruščev – eine historische, hier gar (sicherlich nur rhetorische) göttliche Bestimmung zugesprochen, dem Kommunismus zum Sieg zu verhelfen, womit sie auch einen entsprechend wichtigen Platz in der Legitimation des Systems einnahm.

Der wirtschaftlichen Entwicklung fiel in der Geschichte aller sozialistischen Staaten unbestreitbar eine zentrale Rolle zu, denn aus ihr bezog das sozialistische System einen Großteil seiner Legitimation. Dass die wirtschaftliche Dimension auch in den

---

<sup>1</sup> Rede des Genossen N. S. Chruschtschow auf der Beratung der ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen- und Arbeiterparteien sowie der Regierungsoberhäupter der Teilnehmerländer des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (1962). BArch DY 30/3481, Bl. 1–69, Bl. 16. Alle Übersetzungen wurden von dem Autor selbst angefertigt. In Fällen, wo die korrekte Schreibweise eines Namens nicht bekannt war, wurde auf die Transliteration der russischen Schreibweise zurückgegriffen.

Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander einen wichtigen Stellenwert einnahm, versteht sich von selbst.

Der Handel im sozialistischen Block war stets politisch wie ideologisch aufgeladen. Wollte man den Kapitalismus besiegen, so war eine intensive internationale Zusammenarbeit unabdingbar. Entsprechend ist der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ein wichtiger Bestandteil der Geschichte des „Ostblocks“ und damit auch der Geschichte des Kalten Krieges.

Diese Arbeit geht davon aus, dass Kenntnisse der Innenstrukturen und Dynamiken der Intra-Block-Handelsbeziehungen unabdingbar sind für ein Verständnis davon, was das „sozialistische Lager“ im Innersten zusammenhielt. Jedoch wird die „Dimension der internationalen politischen Ökonomie“ in der umfangreichen Literatur des Kalten Krieges selten behandelt.<sup>2</sup> Die Historiographie des Kalten Krieges beschränkt sich nach wie vor allzu oft auf das Wettrüsten, die Entspannungspolitik, Revolten und den wachsenden Handel mit den entwickelten Industrienationen.<sup>3</sup> Die wirtschaftlichen Beziehungen fanden lediglich am Rande Beachtung. Es existieren zwar Untersuchungen der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der sowjetischen Einflussphäre, diese machen aber nur einen kleinen Teil der Literatur aus und wurden obendrein zum überwiegenden Teil von Ökonomen und Politologen verfasst, die andere Fragen stellen als Historiker.<sup>4</sup>

Was das dezidiert historische Erkenntnisinteresse angeht, gibt es bislang eher rudimentäre Ergebnisse zum Thema der Wirtschaftsbeziehungen. Doch die Wirtschaft der Intra-Blockbeziehungen in einer wissenschaftlichen Analyse auszuklammern, wäre falsch. Denn während in politischer und militärischer Hinsicht Konsens darüber besteht, dass die Sowjetunion eine klare Leitfunktion im Ostblock innehatte, so zeichnete sich in der Wirtschaft ein anderes Bild ab. Hier war die Sowjetunion zwar mit Abstand stärkste Kraft, die über 70 % des gemeinschaftlichen Nationalproduktes auf sich vereinigte und von deren Rohstofflieferungen darüber hinaus alle Mitgliedsländer abhängig waren.<sup>5</sup> Eine Leitungsfunktion innerhalb des RGW, vergleichbar mit den anderen Bereichen, können Untersuchungen aber kaum stützen – im Gegenteil: In der wissenschaftlichen Debatte wird oft die fehlende Durchsetzungs- und Gestaltungskraft der Sowjetunion im RGW unterstrichen.<sup>6</sup>

---

2 Stone, *CMEA's International Investment Bank*, S. 49.

3 Als Paradebeispiel kann hier Vladislav Zuboks „A failed Empire“ von 2007 angeführt werden, das sich größtenteils auf die sowjetische Politik der atomaren Abschreckung und die Deutschlandpolitik konzentrierte. Zubok, *A Failed Empire*.

4 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen; alle sind damit selbstverständlich gleichberechtigt angesprochen.

5 Zwass, *Der RGW*, S. 2.

6 Hinzuweisen ist hier beispielsweise auf Randall W. Stone, der feststellte, dass Entscheidungen der Sowjetunion auf den unteren Ebenen stets relativiert wurden und deren Umsetzung somit verhindert werden

Wenngleich nicht in Abrede zu stellen ist, dass die UdSSR ihre osteuropäische Einflussphäre wirtschaftlich dominierte, so birgt die einseitige Betrachtung der sowjetischen Machtausübung die Gefahr, von einer Historisierung der Intra-Blockbeziehungen abzusehen und eine ganze Region zum bloßen Opfer oder Objekt sowjetischer Machtpolitik zu marginalisieren.<sup>7</sup> Moskau übte zwar vor allem unter Iosif Stalin zweifelsohne eine Herrschaft über den Raum aus, wie etliche Abhandlungen überzeugend darstellen. Allerdings suggeriert dieses Etikett, dass die Sowjetunion den Raum unter Stalin in der gleichen Weise kontrollierte wie unter seinen Nachfolgern. Auch hilft die bloße Feststellung der sowjetischen Dominanz nicht dabei, Phänomene zu verstehen, wie die Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen der Sowjetunion und den restlichen Blockmitgliedern von einem Ausbeutungsverhältnis durch Moskau, hin zu einer Subventionierung, wie sie in vielen Publikationen festgestellt wurde. Spätestens ab 1956, so ist man sich in der jüngeren Forschungsliteratur einig, waren die RGW-Wirtschaftsbeziehungen nicht mehr gekennzeichnet durch eine Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum. Das Bild begann sich viel mehr zu Gunsten der Peripherie zu wandeln. Aber wenn die Sowjetunion in dem Raum eine umfassende Herrschaft ausübte, wie konnte es dann sein, dass wir wirtschaftliche Verhältnisse erkennen können, in denen faktisch umgekehrt die Peripherie das Zentrum „ausbeutete“? Durch das altbewährte Paradigma der sowjetischen Durchherrschaft des Raumes ist dies nicht erklärbar, denn es definiert die Konstituierung der Herrschaft nur militärisch und politisch, nicht aber wirtschaftlich. So werden wichtige Änderungen in den Intra-Blockbeziehungen, die im Ökonomischen wesentlich wirkungsmächtiger wurden, schlichtweg übersehen. Die sich ändernden Verhältnisse in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden allzu oft marginalisiert oder gar ignoriert. Über der Bemühung aufzuzeigen, wie gesellschaftliche, ideologische und allem voran politische Prozesse auf die Wirtschaft eingewirkt haben, wird gerne vergessen, dass dies nie nur eine Einbahnstraße war. In einer zutiefst politisierten Gesellschaft wie dem Sozialismus kann es keine Trennung zwischen dem Politischen, dem Ökonomischen und dem Sozialen geben. Daraus resultiert die Notwendigkeit, auch die ökonomischen Beziehungen auf ihre politische Dimension hin zu untersuchen.

Nicht nur im wirtschaftlichen Bereich handelte es sich zumindest ab den 1960er Jahren nicht mehr um eine monolithische Herrschaftsstruktur nach Vorbild Komintern und Kominform. Vielmehr fand offensichtlich ein Prozess der Internationalisierung statt.<sup>8</sup> Darüber, wie dieser vonstattenging, ist noch zu wenig bekannt.

---

konnte; Stone, *Satellites and Commissars*. Ähnlich sah es auch Gerd Herzog; Herzog, *Schwäche als Stärke*. Auch Ahrens sah den Spielraum der Sowjetunion eingeschränkt; Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe*, S. 107. <sup>7</sup> Babiracki, *Interfacing the Soviet Bloc*, S. 379–380; Borhi, *We Hungarian Communists are Realists*, S. 1. <sup>8</sup> Wie aktuell diese Fragen sind, zeigt ein erst kürzlich veröffentlichter Beitrag, der sich diesen widmete: Crump/Godard, *Reassessing Communist International Organisations*, S. 88. Auf die Rückkehr zu „traditionellen diplomatischen Mitteln“ nach Stalins Tod wird aber schon länger hingewiesen. Siehe zum Beispiel: Stykalin, *Rukovodstvo KPSS; Central'no-Vostočnaja Evropa*, Bd. I, S. 375.

Gerade bei all der Dominanz, die die Sowjetunion fraglos über den Raum ausübte, lohnt es, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, um zu ergründen, wie sehr die Sowjetunion die „Satellitenstaaten“ zu beeinflussen vermochte und welche Freiräume sich innerhalb der Beeinflussung ergaben.

Das wirft die Frage der historischen Einordnung der wirtschaftlichen Intra-Blockbeziehungen und seiner institutionellen Manifestation, dem RGW, auf. Bisherige Forschungen haben die RGW-Beziehungen meist unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Integration analysiert. Integration ist nach Jozef M. van Brabant „a process aimed at the leveling up of differences in relative scarcities of goods and services by the conscious elimination of barriers to trade and other forms of interaction between at least two different states“.<sup>9</sup> Es herrscht Konsens darüber, dass diese Integration trotz mehrmaliger Anläufe gescheitert ist, weshalb unter einer solchen Fragestellung kaum ein Mehrwert zu erwarten ist. Auch diese Arbeit sieht hier keinen Forschungsbedarf. Der Stand, das Niveau, die Probleme und Schwierigkeiten der Integration sind in der Literatur bereits zur Genüge diskutiert worden. Außerdem wird dabei die Debatte auf eine Frage konzentriert, in der Gewissheit wohl nie erreicht werden kann. Wie unten noch ausgeführt wird, weist die statistische Datengrundlage viele Probleme auf, so dass deren Aussagewert stark eingeschränkt ist. Für diese Arbeit ist eine solche Fragestellung deshalb nicht ausreichend, da wichtige Aspekte der Beziehungen innerhalb des RGW unbeleuchtet bleiben und auf einen bloßen Vergleich mit der Integration westlicher Volkswirtschaften beschränkt werden. Die Beziehungen im RGW lassen sich nur sehr unzureichend mit den Normen und Ideen der westlichen Welt fassen. Wie Zhihua Shen und Danhui Li zu den sino-sowjetischen Beziehungen treffend feststellen, zeigten die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten einige Merkmale, die man als irrational verstehen könnte, wenn man sie mithilfe traditioneller Theorien interpretiert.<sup>10</sup>

Hier wird stattdessen versucht, die Entwicklung des RGW dezidiert historisch zu fassen. Dabei kommen Historiker kaum umhin, sich mit einem zentralen Begriff auseinanderzusetzen, der in einigen Publikationen – mitunter unkritisch – zur Beschreibung der Herrschaftsstrukturen herangezogen wird: das Imperium. Seine Verwendung geht schon auf Zeitgenossen zurück. Diese Charakterisierung verweist auch auf ein nicht zu unterschätzendes Problem in der Verwendung des Begriffs in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur. Häufig geschieht dies ohne Definition, oft erfolgt sein Gebrauch sogar eher politisch, beispielsweise, um die Herrschaftsausübung Moskaus über die Region zu verurteilen.<sup>11</sup> Es gibt jedoch auch Arbeiten, die sich bereits wissenschaftlich mit der Frage auseinandergesetzt haben, ob es sich bei den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihrer Einflussosphäre in Osteuropa überhaupt

<sup>9</sup> Brabant, *Socialist Economic Integration*, S. 5–6.

<sup>10</sup> Shen/Li, *After Leaning to One Side*, S. 249–250.

<sup>11</sup> Zur negativen Konnotation des Begriffs, siehe z. B.: Raffass, *The Soviet Union*, S. 202.

um imperiale Strukturen handelte. Da diese Frage meist positiv beantwortet werden konnte,<sup>12</sup> wird in der vorliegenden Arbeit als Grundannahme vorausgesetzt, dass es sich bei den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Einflussphäre um imperiale Strukturen handelt.

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass es fruchtbar ist, die wirtschaftlichen Beziehungen im RGW – also in der sowjetischen Einflussphäre – als einen wichtigen Aspekt des imperialen „Innenlebens“ näher zu beleuchten. Schließlich hat auch ein Imperium nicht nur eine militärische und politische Seite, sondern auch eine ökonomische.<sup>13</sup>

Zum Einen erlaubt es dieser Blickwinkel, Fragen zu stellen, die in der Integrationsdebatte nicht gestellt werden und die Herrschaftsstrukturen und die damit verbundenen Aushandlungsprozesse in den Mittelpunkt zu rücken.<sup>14</sup> Zum Anderen wird auf diese Weise ein wichtiger Beitrag in der Debatte um das sowjetische Imperium geleistet. Ein neues Licht auf den RGW und die sowjetische Rolle innerhalb dieser Organisation zu werfen hilft, die Dynamiken des sowjetischen Imperiums in Osteuropa zu verstehen. Damit kann unser Bild der Machtverhältnisse im „Ostblock“ wesentlich erweitert werden, da man um dies zu erreichen die oben erwähnten Widersprüche auflösen und ein Gesamtbild sowjetischer Herrschaft im Ostblock schaffen muss. Erst ein um diese wirtschaftliche Seite erweitertes Gesamtbild lässt belastbare Aussagen über das Wesen des sowjetischen Imperiums in Osteuropa zu. Reduziert man diese umgekehrt nur auf die politische und militärische Herrschaft, läuft man Gefahr, wichtige Charakteristika des sowjetischen Imperiums zu übersehen.

Es soll an dieser Stelle explizit betont werden, dass es nicht die Intention der vorliegenden Arbeit ist, den RGW auf seine imperialen Funktionen zu reduzieren. Die Wirtschaftsbeziehungen standen – und das sieht auch diese Arbeit so – in der Ratsarbeit stets im Vordergrund. Idee und Ansatz dieser Arbeit ist es vielmehr, mithilfe der Aushandlungsprozesse innerhalb des RGW Fragen nach den imperialen Verhältnissen stellen zu können.

Die vorliegende Arbeit fragt somit explizit nach den Binnenstrukturen des RGW, um das imperiale Innenleben von seiner wirtschaftlichen Seite aus zu verstehen. Über diese ist bislang noch viel zu wenig bekannt: Von welcher Art war das sowjetische Imperium, wenn wir seine wirtschaftliche Seite in unser Verständnis miteinschließen? Können seine Herrschaftsstrukturen mit anderen Imperien in Bezug gesetzt werden? Welche Modi Vivendi entwickelten sich in der RGW-Zusammenarbeit und

---

12 Siehe hierzu z. B. Kapitel VI: Der Preis des Imperiums, in: Plaggenborg, *Experiment Moderne*. Ebenfalls: Adomeit, *Imperial Overstretch*. Dagegen siehe z. B.: Reisinger, *Energy and the Soviet Bloc*, S. 14.

13 Osterhammel, *Imperialgeschichte*, S. 221.

14 Dem widerspricht William M. Reisinger, da der Begriff Imperium in seinem Verständnis „the politics of Soviet-East European relations“ von vornherein ausschließt: Reisinger, *Energy and the Soviet Bloc*, S. 14. Wie im Unterkapitel zum Begriff Imperium noch erörtert wird, geht die vorliegende Arbeit jedoch davon aus, dass Aushandlungsprozesse ein wichtiger Bestandteil imperialer Beziehungen sind.

über welche Mittel verfügte das „imperiale Zentrum“, um auf seine „Peripherie“ einzuwirken? Welche Aushandlungsprozesse konnten sich, vor dem Hintergrund der sowjetischen Dominanz, herausbilden? Auf welchen Gebieten fanden die größten politischen Auseinandersetzungen innerhalb des RGW statt? Wie konnten Konflikte gelöst werden, die im Spannungsfeld von nationaler Planung und multilateraler Integration auftraten? Welchen Stellenwert vermochten die „Satellitenstaaten“ in den Binnenstrukturen, Diskussionen und Konflikten einnehmen? Welche Strategie und welcher Strategiewandel lassen sich in der sowjetischen RGW-Politik erkennen? Welche Folgen hatte die Plankoordination für die Sowjetunion und wie wurden diese wahrgenommen? Ist der „Ostblock“ in der Tat in wirtschaftlicher Hinsicht als Gegenteil der politischen und militärischen Strukturen zu beschreiben? Oder anders gefragt: Was war an den ökonomischen Beziehungen im „Ostblock“ zehn oder zwanzig Jahre nach Stalins Tod (noch) imperial? Ob sich diese Fragen mit dem Begriff „Imperium“ besser beantworten lassen, und ob sich mit ihm die Widersprüchlichkeit zwischen wirtschaftlicher und politisch/militärischer Sphäre konzeptionell fassen lassen, soll diese Arbeit klären.

Das führt zu einer ersten These: Diese Arbeit geht davon aus, dass der Stalinismus genauso strukturgebend für das osteuropäische Imperium der Sowjetunion war wie für die Sowjetunion selbst. Daraus folgt, dass auch innerhalb des RGW der Stalinismus eine entscheidende Rolle gespielt hatte und wichtige Weichen in dieser Zeit gestellt wurden, die seine Zukunft maßgeblich beeinflussten. In den meisten Darstellungen wurde der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in der stalinistischen Periode als Papiertiger dargestellt, der kaum eine Bedeutung hatte. Das wirft zumindest die Frage auf, warum sich der Rat in der Zeit des Stalinismus so penibel an die Beachtung der Souveränität gehalten haben soll, wenn sie doch überall sonst missachtet wurde, und wie wichtige Weichen der wirtschaftlichen Kooperation im RGW bereits im Stalinismus gestellt werden konnten, wenn der Rat doch in dieser Zeit inaktiv war? Die vorliegende Arbeit stellt sich die Aufgabe, diese Widersprüche zu lösen. Sie wird aufzeigen, dass der RGW im Stalinismus ein wesentlicher Bestandteil des Prozesses der Strukturgebung im osteuropäischen Imperium der Sowjetunion war und damit den Raum imperial mitformte.

Eine zweite These ist, dass trotz der Kontinuitäten der ersten stalinistischen Jahre, die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des RGW auch ein wichtiger Bestandteil der Geschichte der Entstalinisierung sind. Nach Stalin änderte sich die Zusammenarbeit grundlegend, oft wurde sogar davon gesprochen, der RGW habe erst ab 1954 seine eigentliche Arbeit aufgenommen. Die „internationale sozialistische Arbeitsteilung“ musste neu konzipiert werden. Die Etablierung der Ständigen Kommissionen und die Aushandlung eines neuen Preisbildungssystems sind zwei Beispiele für diese Entwicklung. Die vorliegende Arbeit verfolgt die These, dass die poststalinistischen Reformen die wirtschaftliche Zusammenarbeit im RGW nachhaltig verändert haben. Allein diese Veränderungen mündeten eben nicht zwingend in eine bessere Integration, wohl

aber in eine Neuordnung der imperialen Beziehungen.<sup>15</sup> Diese Neuordnung, so wird die vorliegende Arbeit zeigen, führte zu einer Änderung des Wesens der imperialen Macht innerhalb des RGW. An die Stelle eines quasi formalen Imperiums traten nun die Wesenszüge eines „informal empire“. An die Stelle einer direkten Kontrolle trat eine „konsultative Anleitung“ der Bruderparteien. Dies schuf aber auch Platz für Dissens innerhalb des RGW, weshalb für die Zeit nach Stalin für das imperiale Zentrum Strategien zur Bildung und Beeinflussung eines Konsenses innerhalb des RGW zentral wurden. Auf diese Entwicklung von einem formalen, hin zu einem informalen Imperium, das seinen Einfluss über die Bildung und Beeinflussung von Konsens unter seinen Mitgliedern erreicht, spielt auch der Titel der vorliegenden Arbeit an. Da der Begriff „Konsensimperium“ auch bereits im Zusammenhang mit der Gründung der NATO verwendet worden ist, ist es notwendig, den Begriff für diese Arbeit einzugrenzen.<sup>16</sup> „Konsensimperium“ soll hier verstanden werden, als eine Art der „kollektiven Führung“, die nach Stalins Tod begann sich im RGW herauszubilden. Gleichwohl sollten die Möglichkeiten eines Mitwirkens an der Konsensbildung der Führer der „Satellitenstaaten“ nicht überinterpretiert werden. Die sowjetische Leitung dominierte bei aller „Demokratisierung“ auch noch am Abschluss des Wandels, beschränkte sich aber nun auf für die Sowjetunion wichtige Punkte. Die imperialen Gestaltungsmöglichkeiten schränkten sich hierdurch ein.

Dieser Strategiewechsel infolge der Wandlung imperialer Macht, war Gegenstand komplexer Aushandlungsprozesse, die sich über mehrere Jahre hinzogen. In der Brežnev-Zeit fand er seine Verstetigung. Diese Veränderungen imperialer Strukturen innerhalb des RGW zu beschreiben und historisch einzuordnen, ist die Hauptaufgabe der vorliegenden Arbeit.

Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf zwei Aufgaben: Erstens soll die Untersuchung deutlich über die zur Genüge analysierten Absichtserklärungen wie den „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ (1962) und dem „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“ (1971) ausgeweitet werden; dafür werden anhand eines großen Quellenkorpus die ökonomischen wie politischen Beziehungen des RGW von der Stalin-Periode bis in die Brežnev-Zeit möglichst detailliert herausgearbeitet. Zweitens sollen die Ergebnisse der Untersuchung aus einer imperialen Perspektive heraus bewertet werden. Im Mittelpunkt steht somit das Bestreben, mithilfe einer tiefgreifenden Analyse der wirtschaftlichen Aushandlungsprozesse

---

<sup>15</sup> Da die bisherige Literatur zum RGW sich vor allem auf die Probleme der Integration konzentriert, kommen Fragen nach den Änderungen der Herrschaftsstrukturen innerhalb des RGW bisher zu kurz. Zwar findet man vereinzelt Forschungen, die sich diesem Thema gewidmet hatten, hinzuweisen sei hier z. B. auf Vlad Sobell, jedoch wird meist nur konstatiert, dass es zu einer Änderung in der Herrschaftsstruktur kam. Wie und warum dies geschah, wird kaum ausgeführt: Sobell, *The CMEA in Crisis*.

<sup>16</sup> Gersdorff, *Die Gründung der Nordatlantischen Allianz*, S. 485.

ein neues Verständnis des „Sowjetimperiums“ zu erhalten, das nicht mehr allein auf politischen und militärischen Beherrschungskategorien gründet.

Als zeitlicher Rahmen ist der Zeitraum zwischen 1949 und 1971 gesetzt. Zum einen fallen sowohl die Gründung des RGW sowie die institutionelle Neugestaltung in den 1950ern und 1960ern in diese Zeit. Zum anderen stößt die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre an die Grenzen eines extensiven Wirtschaftswachstums, was zu einem gewissen wirtschaftlichen Umdenken führte, welches sich auch auf die Zusammenarbeit im RGW auswirken musste. Auch fällt in diese Phase die Ausarbeitung des „Komplexprogrammes“, das durch die liberalen Standpunkte von Staaten wie Polen oder Ungarn bei seiner Erarbeitung nochmals wichtige Informationen über die Konfliktlösungsprozesse innerhalb des RGW liefern kann. Die Begrenzung der Untersuchung auf den Beginn der 1970er Jahre folgt dabei auch pragmatischen Gründen, da eine Ausweitung der Analyse der Reformdiskurse im RGW bis in die Gorbachev-Zeit den Rahmen dieser Arbeit deutlich sprengen würde. Außerdem sind die meisten Quellen nur bis Ende der 1960er Jahre zugänglich, weshalb das Ausgangsmaterial für eine weiter gefasste Analyse fehlt. Es steht aber auch zusätzlich fest, dass mit dem Prager Frühling der Gestaltungseifer der Sowjetunion stark abnahm und somit zumindest die Ausweitung des Untersuchungszeitraumes auf die gesamte Brežnev-Zeit kaum einen erkenntnistheoretischen Mehrwert verspricht. Randall W. Stone konnte in seiner Ausarbeitung bereits zeigen, dass die Wirkung der verbleibenden Reformversuche unter Leonid Brežnev zu vernachlässigen waren.<sup>17</sup>

Die vorliegende Arbeit gliedert sich im Wesentlichen in vier Hauptkapitel. Das erste Kapitel widmet sich der Gründung des RGW unter Stalin und legt dabei besonderes Augenmerk auf die inneren Strukturen des RGW im Kontext imperialer Macht.

Das zweite Kapitel untersucht die Auswirkungen der Entstalinisierung der ersten Jahre nach Stalins Tod auf den RGW. Diese Zeit wird in der Forschung meist (wenn überhaupt) in ein oder zwei Absätzen abgehandelt. In der vorliegenden Arbeit steht diese Zeit aber im Zentrum, da, wie in diesem Kapitel herausgearbeitet wird, die UdSSR ihre neue Position innerhalb des RGW in dieser Periode zu finden beginnt. Dies wird die gesamte weitere Geschichte des Rates prägen.

Kapitel Drei setzt sich mit den Versuchen Chruščevs auseinander, die Folgen der Entstalinisierung im RGW zu begrenzen. Da diese auch in der Forschungsliteratur als zentral angesehen werden und gerade Chruščevs Bestrebungen, einen gemeinsamen Plan zu etablieren, über welche oftmals Unsicherheit herrscht, in diese Zeit fallen, ist es wichtig, diese Etappe im Detail zu analysieren.

Das letzte Kapitel widmet sich der Verstetigung der neuen sowjetischen RGW-Politik unter Brežnev, die auf dem Bestreben fußte, stets einen Konsens aller beteiligten Parteien zu finden. Er beleuchtet dabei die Probleme, Überlegungen und internatio-

---

<sup>17</sup> Stone, *Satellites and Commissars*, S. 148–202.

nen Umständen, die letztlich in das Komplexprogramm mündeten, das als Ausdruck der neuen konsensorientierten imperialen Politik der Sowjetunion verstanden wird.

Am Ende eines jeden Kapitels wird eine Interpretation der historischen Begebenheiten aus einer imperialen Perspektive vorgenommen, um zu ergründen, ob, und wenn ja, wie sich die Art des sowjetischen Imperiums in diesem Zeitabschnitt änderte und welche Folgen sich für den RGW daraus ergaben.

Die Arbeit baut auf einem umfangreichen Quellenkorpus aus mehreren russischen Archiven auf. Neben dem Russischen Staatlichen Archiv für Wirtschaft (RGAË), dem Russischen Staatlichen Archiv (GA RF), dem Archiv für Soziale und Politische Geschichte (RGASPI) wurde auch das Archiv für Neuere und Neueste Geschichte (RGANI) für die Recherche genutzt.

Um auch eine Perspektive der imperialen Peripherie in die Untersuchung einbeziehen zu können, wurde auch in Beständen des Bundesarchivs (BArch) recherchiert.

Allgemein ist die Zugänglichkeit von Aktenmaterial nach wie vor ein großes Problem. Selbst in weitgehend zugänglichen Beständen fanden sich immer wieder auch weiterhin für die Nutzung gesperrte Akten. Als Beispiel sei hier auf den Bestand der ständigen Vertretung der UdSSR beim RGW (RGAË F. 302) verwiesen, wo die Akten der 1950er Jahre nach wie vor unzugänglich sind. Auch der größte Teil des Aktenmaterials aus dem RGANI war in der Recherchephase zu dieser Arbeit noch unter Verschluss und wurde erst nach Fertigstellung des Manuskriptes zugänglich gemacht, weshalb sie nur ergänzend Beachtung fanden. Hier sind vor allem Fond 10 „Internationale Beratungen und Verhandlungen mit kommunistischen und Arbeiterparteien, Regierungsverhandlungen“ sowie Fond 5 „Apparates des ZK der KPdSU“ zu nennen, wo sich unter anderem eine Abteilung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern befand.

Für die Recherche wurde vom Russischen Staatlichen Archiv für Wirtschaft Zugang zu den Akten des ehemaligen RGW-Archives gewährt (RGAË F. 561). Dieses konnte aufgrund mangelnder finanzieller Mittel bisher noch nicht in den Bestand des RGAË integriert werden und ist deswegen nur begrenzt zugänglich. Da es sich jedoch bei den RGW-Protokollen um reine Ergebnisprotokolle handelt, in denen unterschiedliche Meinungen nur in Ausnahmefällen aufgenommen wurden, blieb der Erkenntnisgewinn aus diesem Archiv leider gering.

Für die Zeit des Stalinismus waren hingegen die Akten des Russischen Staatsarchivs für Sozio-Politische Geschichte RGASPI sehr ergiebig, welches trotz des irreführenden Namens das Archiv der Geschichte des Sozialismus in der UdSSR ist und einen deutlichen Schwerpunkt auf den Stalinismus aufweist. Hier wurde vor allem die persönlichen Fonds Vjačeslav Michajlovič Molotovs (F. 82) und Anastas Ivanovič Mikojans (F. 84) für diese Arbeit ausgewertet.

Der unzureichende Zugang zu einem Großteil von mitunter für diese Arbeit überaus wichtigen russischen Aktenbeständen gestaltete die Archivrecherche wesentlich umständlicher als anfangs erhofft. Einige der Lücken konnten jedoch durch Akten des

Bundesarchives geschlossen werden. Hier waren die Akten des Büros Walter Ulbricht (BArch DY 30/3288–3754) besonders hilfreich, da hier unter anderem große Teile der Akten der Beratungen der Führer der sozialistischen und Arbeiterparteien sowie eine ganze Reihe von Berichten zu RGW Tagungen aufgefunden werden konnten.

Ein weiterer Glücksfund waren erst zum Zeitpunkt der Archivrecherche freigegebene ehemals geheime Akten der sowjetischen Staatlichen Planungsstelle (Gosplan). Der Gosplan-Fond (RGAË F. 4732) ist mit seinen über 82.000 Akten ein sehr umfangreicher Bestand, wobei sich der wirklich informative Teil der Akten auf wenige Opisi (Opis' 11, 75–77, 79–81) geheim gehaltener Akten beschränkt. Ein Großteil dieser Aktenbestände ist nach wie vor geheim. Insbesondere unterliegen jene Bereiche der Geheimhaltung, die die inneren Wirtschaftsangelegenheiten betreffen. Jedoch wurde der Teil der Akten, die einen Schwerpunkt auf die Außenwirtschaft aufweisen, bereits freigegeben und stellen eine enorm wichtige Datengrundlage für diese Arbeit dar. In diesen Akten fanden sich nicht nur viele, manchmal deutlich kritischere Berichte, hier fanden sich auch einige sowjetischer Reden und Direktiven für die Beratungen der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien, RGW-Sitzungen und Handelsverhandlungen.

## 2. Methodische Probleme

### Sozialistische Statistiken

Bei einem wirtschaftshistorischen Thema wie dem RGW-Handel liegt die Versuchung nahe, Zahlen ausfindig zu machen, um zu „messen“, wie gut oder schlecht die wirtschaftliche Kooperation funktionierte. Bei sozialistischen Wirtschaftssystemen ist man hierbei jedoch mit einem Problem konfrontiert: Preise entwickelten sich beispielsweise vor allem als Instrument zur politischen Einflussnahme und wurden administrativ gesetzt. Informationen über Knappheiten und Qualität wurden dadurch kaum mehr wiedergespiegelt, was eine wichtige Funktion von Preisen als Signal- und Informationsmittel stark einschränkte. In der Literatur wird deswegen von „gestörten“ Preissystemen in sozialistischen Ländern gesprochen, was sicher seine Berechtigung hat, jedoch auch ein Stück weit suggeriert, dass westliche Preise frei jeder „Störung“ wären. Die Möglichkeit mit sozialistischen Statistiken zu arbeiten, ist somit durch die ungleich höhere Verzerrung gegenüber westlichen Statistiken deutlich eingeschränkt. Hinzu kam eine gewisse Tendenz des real existierenden Sozialismus zum statistischen „Schönen“.<sup>18</sup>

---

18 Khlevniuk, *The Economy of Illusions*, S. 176; Steiner, *Probleme mit der DDR-Statistik*, S. XV.

Auch Statistiken innerhalb des RGW sind nicht unproblematisch, weil der Außenhandel innerhalb des RGW eine Schnittstelle zwischen den stark abweichenden einzelnen „gestörten“ Preissystemen herstellte. Außenhandelspreise orientierten sich am Weltmarkt und standen in keinerlei Zusammenhang mit den Inlandspreisen.<sup>19</sup> Mag der einfache Vergleich zwischen Import- und Exportdaten noch möglich sein, so birgt die Umrechnung nationaler Statistiken in Transferrubel ein hohes Maß an Willkür.

Diese Probleme bestanden auch schon für zeitgenössische Wirtschaftsexperten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Durch die „gestörten“ Preise der sozialistischen Staaten waren sich selbst sozialistische Funktionäre im Klaren darüber, dass ein Vergleich volkswirtschaftlicher Zahlen zwischen den sozialistischen Staaten schwer bis kaum möglich war. Die vergeblichen Anstrengungen, die unternommen wurden, um dies zu ändern, werden in dieser Arbeit thematisiert.

Auch der Vergleich mit kapitalistischen Staaten war und ist problematisch. Noch während der Sozialismus existierte, versuchten westliche Wirtschaftswissenschaftler, mithilfe von umfangreichen Formeln die Zahlen der Außenhandelsstatistiken in weltmarktgängige Währungen zu konvertieren. Je nach gewählten Formeln konnten jedoch die Ergebnisse erheblich von einander abweichen. Dass es hierbei nicht nur um kleinere Abweichungen, sondern um deutliche Schwankungen in den resultierenden Ergebnissen handelt, belegt Ralf Ahrens am Beispiel ostdeutscher Exportzahlen für 1988, die zwischen 16 und 32 Mrd. Euro variieren.<sup>20</sup> Allein diese wenigen Hinweise zeigen, wie sehr das Thema der sozialistischen Statistik Verunsicherungen hervorruft.<sup>21</sup>

Trotz all dieser Schwierigkeiten versuchen Wissenschaftler bis heute Formeln zu erstellen, um das Problem sozialistischer Statistiken in den Griff zu bekommen. Es ist dabei wichtig zu akzeptieren, dass es sich dabei nur um Versuche handeln kann, sich mithilfe von Formeln einer vermeintlichen Korrektheit anzunähern. Jedes vorgeschlagene Faktorensystem muss damit zwangsläufig eine Interpretation bleiben, die mit anderen Herleitungen in Konkurrenz um ihren Wahrheitsanspruch stehen wird, da es keine Möglichkeit gibt, einen endgültigen Beweis zu erbringen. Ja, selbst wenn man annimmt, dass all die statistischen Probleme lösbar seien, bleibt festzustellen, dass sich mit einer Rekonstruktion statistischer Werte der eigentliche Sinn der „internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ kaum darstellen lässt, da es sich nicht um Gewinn maximierende Außenwirtschaftsbeziehungen im westlichen Sinn gehandelt hatte. Des Weiteren ist zu fragen, was an Erkenntnis gewonnen ist, wenn man eine Bevorzugung der einen oder anderen Seite herausarbeiten könnte, wenn diese aber von den Akteuren entweder nicht gesehen oder gar gegenteilig wahrgenommen wurde. So ermittelten beispielsweise Michael Marrese und Jan Vanous für 1962 bereits eine

---

19 Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe*, S. 53.

20 Ebd., S. 54.

21 Verwiesen sei an dieser Stelle auf das bereits zitierte Werk von Ralf Ahrens, der dem Thema ein ganzes Kapitel gewidmet hat. Ebd.

versteckte sowjetische Subvention – die DDR diskutierte in diesem Jahr intern jedoch darüber, ob nicht eventuell zumindest sie bei den Importen von der UdSSR benachteiligt werde.<sup>22</sup>

Diese Probleme betreffen allerdings nicht nur auf Geldwerten basierende Statistiken. Auch andere Angaben sind kritisch zu hinterfragen – als Beispiel sei hier etwas ausführlicher auf Angaben zur Spezialisierung verwiesen. In den für die vorliegende Arbeit herangezogenen Quellen werden immer wieder Erfolgszahlen angegeben, die beweisen sollten, wie gut die Ratsarbeit funktionierte. Eine davon ist die Zahl der „spezialisierten“ Produkte, also wie viele Waren Gegenstand der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung waren und damit vornehmlich in einem oder mehreren Ländern für den gesamten RGW-Raum produziert wurden. Diese Zahlen haben auch Einzug in einige – vornehmlich russische – Abhandlungen zum RGW genommen. Oleg Širokov spricht deswegen beispielsweise von einem „tiefgreifende[n] Wachstum der Spezialisierung zwischen den Ländern des Rates in diesen Jahren [1960er; E. R.]“ und führt hierfür die über 2.000 Typen von Maschinen und Ausrüstungen und die 2.200 Typen chemischer Erzeugnisse an, welche im RGW bereits in den 1960ern spezialisiert waren, was immerhin schon 2 bis 6 % der gehandelten Warenarten umfasste.<sup>23</sup> Michail Lipkin, Professor der Russischen Akademie der Wissenschaften, konstatiert – ebenfalls unter Berufung auf Širokov – einen wirtschaftlichen Erfolg des RGW in der Durchsetzung der Spezialisierung.<sup>24</sup> Auch Pál Germuska geht für den Verteidigungssektor von über 60 % an spezialisierten Exporten aus.<sup>25</sup> In diesen Fällen wird Spezialisierung nicht selten in einem westlichen Sinn als Herausformung eines technischen Vorsprungs aufgrund der Konzentration der Produktion auf einen bestimmten Bereich verstanden. Innerhalb des Rates selbst redete aber zum Beispiel der tschechoslowakische RGW-Vertreter offen darüber, dass „spezialisierte“ Produkte sich allzu oft nicht von anderen Produkten unterschieden, da ihre Produktion nicht intensiviert werden konnte, weil zu viele Länder dieses Produkt nach wie vor herstellten:

Was den allgemeinen Einfluss der Spezialisierung auf unsere Volkswirtschaften angeht, so bleibt dieser zu unbedeutend. Die durchschnittliche Seriengröße der Maschinenbauproduktion nahm durch den Einfluss der Spezialisierung nicht zu, da die Durchführung einer Spezialisierung nach wie vor die Anzahl der Erzeugerländer nicht verringert, sondern im Gegenteil in einigen Fällen sogar eine Ausweitung stattfand. Man kann nicht einmal von einer wesentlichen Einengung des Assortiments des tschechoslowakischen Maschinenbaus sprechen; die ČSSR war sogar nicht selten gezwungen, die Herstellung von Produkten wieder aufzunehmen, die in anderen Ländern hätten spezialisiert werden sollen.

<sup>22</sup> Ebd., S. 82 f.

<sup>23</sup> Širokov, *SEV v mirovoj ekonomike*, S. 58–59.

<sup>24</sup> Lipkin, *Sovetskij Sojuz i integracionnye processy* (2016), S. 432.

<sup>25</sup> Germuska, *Unified Military Industries*, S. 136.

Dieser unbefriedigende Zustand hält an, obwohl die ČSSR in bedeutendem Maße den Import von Maschinen und Ausrüstungen aus den RGW-Mitgliedsländern ausweitet [...].<sup>26</sup>

Nicht jedes Produkt, das der RGW als „spezialisiert“ beschloss, war auch automatisch Ziel höherer Investitionen und Forschungsanstrengungen. Bereits Michael Garmanikow wies darauf hin, dass es mehr als eine Methode gab, ein Produkt zu spezialisieren. Er unterschied zwischen einer weitreichenden wirtschaftlichen Spezialisierung und einer rein technischen. Während die wirtschaftliche Spezialisierung dazu führen würde, dass das Land mit den geringsten Produktionskosten die gesamte Produktion einer Ware übernehmen würde, wurde bei der technischen Spezialisierung – unabhängig von einer rationalen Basis – die Entscheidung in bürokratischen Verhandlungen getroffen. Bei letzterer würden, so Garmanikow, des Weiteren nur Unterkategorien von Waren spezialisiert. Bemerkenswert ist, dass er der technischen Spezialisierung noch eine Wirtschaftlichkeit durch die Massenproduktion einräumte. Jedoch ist selbst dies anzuzweifeln, da Investitionen nicht automatisch getätigt wurden, um die Stückzahl zu erhöhen oder gar die Produktion zu verbessern, nur weil die Bestellungen aus dem RGW-Raum zunahmen. Es gab vielmehr verschiedene Strategien, um Investitionen zu vermeiden. Meist wurden in den entsprechenden Betrieben lediglich die Normen erhöht und zusätzlich Schichten eingerichtet oder es wurde am Verbrauch innerhalb des Landes gespart. Von einer Wirtschaftlichkeit, die Garmanikow der technischen Spezialisierung noch einräumte, konnte in diesen Fällen keine Rede sein.<sup>27</sup>

Dass „Spezialisierungen“ allzu oft auf bereits vorhandenen Möglichkeiten basierten, wurde auch unter den RGW-Mitgliedern offen kritisiert, wie folgendes Zitat aus einem Gespräch zwischen sowjetischen und tschechoslowakischen Vertretern der jeweiligen Planungskommissionen zeigt:

Die Plankoordination, wie sie gerade durchgeführt wird, stellt keine Grundlage für eine Zusammenarbeit dar. In die langfristigen Abkommen werden nur Lieferungen eingeschlossen, die auf bereits existierende Möglichkeiten basieren. Die Koordination von zukünftigen Möglichkeiten hat sich in einer Reihe von Fällen als objektiv nicht möglich herausgestellt.<sup>28</sup>

Mehr noch, Vertreter des RGW sprachen innerhalb des Rates mitunter sogar offen an, dass die offiziellen RGW-Statistiken einen viel zu optimistischen Blick auf die wirt-

<sup>26</sup> *Pis'mo i teksty vystuplenij učastnikov XIX sessii Soveta po voprosam povestki dnja sessii* (1965). RGAĖ F. 561. Op. 47s. D. 2, l. 1–125, l. 93.

<sup>27</sup> Garmanikow, *COMECON heute*, S. 8; Kornai, *Das sozialistische System*, S. 406; Ribi, *Das COMECON*, S. 235f.

<sup>28</sup> *Iz zapisi besedy t. Pekševa Ju. A. s t. Stranskim F.* (1965). RGAĖ F. 4372. Op. 81. D. 1358, l. 100–110, l. 106.

schaftliche Entwicklung des Raumes hatten und dass das sogar zu ungewollten Forderungen der Entwicklungsländer gegenüber den Ratsmitgliedern führen könnte.<sup>29</sup>

In einem solchen Fall überhaupt von Spezialisierung zu sprechen, wäre falsch.<sup>30</sup> Eine Spezialisierung sollte als ein Anstieg des Exports aufgrund erhöhter Investitionen verstanden werden, also als eine wirtschaftliche Spezialisierung, wie es Garmanikow nannte. Der überwiegende Teil der spezialisierten Waren ist wohl somit eher – wenn überhaupt – als eine Etablierung eines Kartells bestimmter Länder innerhalb der Produktion eines Produktes zu verstehen. Ähnlich wie Kartelle im Kapitalismus führten auch die „Spezialisierungsabsprachen“ eher zu einer Verhinderung der Effizienzerhöhung und Produktmodernisierung, als dass sie sie begünstigt hätten. Die RGW-Statistiken über die Spezialisierung geben entsprechend kaum brauchbare Information über die Spezialisierungstendenzen im RGW. Der Aussagewert von Statistiken im RGW-Raum zur Spezialisierung ist demgemäß stets kritisch zu betrachten und keinesfalls unreflektiert verwendbar.<sup>31</sup>

Bei aller inhaltlichen Kritik an den sozialistischen Statistiken – sie sind oftmals die einzige verfügbare Quelle. Bei einer entsprechenden Quellenkritik können sie zu einem Erkenntnisgewinn beitragen. Auch die vorliegende Arbeit kann sie nicht ignorieren und greift an einigen Stellen auf derartige Statistiken zurück. Auf die Verwendung oder Erstellung größeren „vergleichbaren“ Zahlenmaterials des RGW-Raumes wird bis auf einige wenige Ausnahmen verzichtet. Die Einwände gegen solche „Korrekturen“ sind zu gravierend. Stattdessen wird versucht, sich über andere Fragen dem Thema zu nähern: Worin haben sich die Interessenlagen der sowjetischen und osteuropäischen Entscheidungsträger unterschieden? Wo und wie wurden die RGW-Reformen ausgehandelt? Sie hatten oft ihren Ursprung in der Wahrnehmung weltpolitischer Konstellationen und bargen nicht geringe Konfliktpotentiale, die mitunter – bei aller proklamierten Brüderlichkeit und Einigkeit in der Sache – zu ernststen Auseinandersetzungen über praktische Lösungen existentieller Fragen geführt haben.<sup>32</sup>

Kurzum – der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt nicht auf der viel diskutierten Frage, wer wann wen ausgebeutet oder subventioniert hat. Derlei Aussagen stützen sich nicht nur zumeist auf Statistiken von zweifelhafter Qualität, allein mit den Begriffen von angeblich messbarer Subvention und Extraktion sind die sozialistischen Wirtschaftsbeziehungen schlicht nicht zu beschreiben. Die Kooperation ging deutlich über bloße Rohstofflieferungen hinaus. Innerhalb des RGW fanden komplexe Verhandlungen über die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen statt, es wurden

29 Laslo, M., *Zamečanja Vengerskoj storony k proektu Informacii ob ekonomičeskom sotrudničestve stran članov SĚV* (1966). RGAĚ F. 302. Op. 2. D. 351, l. 21–23, l. 21.

30 Garmanikow, *COMECON heute*, S. 8. Zur Problematik der Spezialisierung im RGW und deren zahlreichen Problemen siehe: Steiner, *The Council of Mutual Economic Assistance*, S. 245–255.

31 Siehe hierzu: Brabant, *Economic Integration in Eastern Europe*, S. 280–87.

32 Roesler, *Der Handlungsspielraum der DDR-Führung*, S. 295.

Investitionen in die Rohstoffinfrastruktur durchgesetzt und Technologietransfers ermöglicht. Diese Aushandlungsprozesse haben nicht nur den RGW-Handel tatsächlich mitbestimmt, sie haben auch die Wahrnehmung der jeweiligen Führungselite geprägt. Hier setzt die vorliegende Arbeit an. Sie lenkt mithilfe neuer Fragen den Blickpunkt auf die Handlungsmotivation. Anstatt auf Basis von streitbaren Statistiken „objektive“ Wahrheiten aufzudecken, wird es darum gehen, wie die damalige Lage in den Hauptstädten des RGW eingeschätzt und interpretiert und welche Maßnahmen ergriffen wurden, um darauf zu reagieren. Und, um es nochmals deutlich zu formulieren: Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass das Verhältnis von (nationaler) Volkswirtschaft und supranationaler Wirtschaftsintegration vor allem eine Frage der Wahrnehmung war: Was sich in Moskau als Aufbauhilfe und Integration darstellte, konnte in Warschau, Budapest oder Prag als die Etablierung imperialer ökonomischer Verhältnisse interpretiert werden, im scheinbaren Widerspruch zur gleichzeitigen politischen und ideologischen Gesinnungsgemeinschaft. Es darf als unwahrscheinlich gelten, dass sich die nationale Volkswirtschaftsplanung stets im Einklang mit den wirtschaftlichen Interessen des gesamten „Ostblocks“ (oder der UdSSR) befand. Solche Ansätze standen jedoch selbst noch bei Stones Ausarbeitung im Hintergrund obwohl er als einer der Ersten Zugang zum RGW-Archiv bekommen hatte und eine Reihe Interviews mit Zeitzeugen führen konnte.<sup>33</sup>

Die Ausarbeitung der Widersprüche in den Wahrnehmungen und der daraus resultierenden Aushandlungsprozesse innerhalb des RGW wird Gegensätze aufzeigen, die bei der viel beschworenen Einheit im Sozialismus allzu leicht übersehen werden.

Es geht dabei nicht darum, die Geschichte des „Ostblocks“ dialektisch und aus Sicht des Marxismus-Leninismus zu analysieren. Vielmehr soll der Einfluss der Ideologie auf die Entscheidungsträger mit in eine Analyse der Geschehnisse einbezogen werden und damit eine Historisierung der Ereignisse ermöglichen. So schrieb etwa Vladislav Zubok, dass der Aufstand der Ungarn 1956 nur zu verstehen sei, „if we look at them from within the world in which the participants themselves lived and thought“.<sup>34</sup> Das trifft nicht nur auf den Volksaufstand in Ungarn zu, sondern allgemein auf die sozialistische Ära in Osteuropa. Auf diese Weise wird man zwar keine „endgültigen Aussagen“ erhalten, aber belastbare Erkenntnisse, die helfen werden, ein Verständnis dafür zu gewinnen, wie Kooperation im „sozialistischen Lager“ im Detail funktionierte.

---

<sup>33</sup> Zu verweisen ist hier auf seine Argumentation gegen Marrese und Vanous, die er nicht anhand von Archivmaterial führte, sondern mit statistischen Berechnungen: Stone, *Satellites and Commissars*.

<sup>34</sup> Zubok, *Look What Chaos*, S. 154.

## Der Begriff Imperium

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Debatte über den imperialen Charakter der sowjetischen Einflussphäre in Osteuropa um ihre wirtschaftliche Seite zu erweitern. Bei der Anwendung des Begriffs des Imperiums auf die Sowjetunion muss sich der Leser allerdings im Klaren darüber sein, dass gerade in Bezug auf die UdSSR die Begriffe Imperium und Imperialismus ineinanderfließen. Offiziell beanspruchten die sozialistischen Länder stets für sich, den Imperialismus zu bekämpfen – Antiimperialismus war ein wichtiges Schlagwort der sowjetischen Außenpolitik. Gleichzeitig wurde der Begriff Imperialismus, wie schon erwähnt, auch als „Kampfbegriff“ in Bezug auf die UdSSR verwendet, ohne dass dieses Label zu einem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn beitragen konnte. Aber auch andere sozialistische und Drittweltländer haben der Sowjetunion spätestens seit dem Einmarsch in Afghanistan Imperialismus vorgeworfen.<sup>35</sup>

Schon das Thema empfiehlt dabei, eine Definition abseits der Imperialismus-Debatte zu suchen. Diese beschränkt sich meist nur auf die gleichnamige Epoche und verbindet den Antrieb imperialer Machtentfaltung mit dem Kapitalismus.<sup>36</sup> Gerade letztere Verknüpfung führte dazu, dass die Sowjetunion allenfalls am Rande solcher Ausarbeitungen betrachtet wurde.<sup>37</sup> In den letzten Jahrzehnten ist in der Wissenschaft eine andere Strömung zu erkennen, die versucht, eine umfassendere Imperiumstheorie zu entwickeln. Auf diese wird im Folgenden vor allem zurückgegriffen.

Eine einheitliche Definition von Imperium lässt sich allerdings auch dort nicht finden. Der Begriff Imperium ist in der Wissenschaft schwer zu fassen.<sup>38</sup> Neben der wertenden Verwendung zeichnet sich der Begriff vor allem durch eine große Unschärfe und diskursive Ungenauigkeit aus, der aus dem „reichen Katalog der Imperialismustheorien“ herrührt.<sup>39</sup> Er wurde deswegen auch als „überladen mit Superlativen und lauten Epitheta“ bezeichnet.<sup>40</sup>

Am Ende kommt man kaum umhin, wie Jürgen Osterhammel feststellt, seine eigene Arbeitsdefinition festzulegen, was, wie er weiter argumentiert, für Historiker durchaus eine gewisse Berechtigung hat, da die „Ausarbeitung solcher Definitionen oder gar umfassender Theorien des Imperialismus [...] nicht das höchste Ziel geschichtswis-

35 Plaggenborg, *Experiment Moderne*, S. 245.

36 Hierzu siehe: Mommsen, *Imperialismustheorien*; Mommsen, *Imperialism and Empire*.

37 Als schönes Beispiel, wie beschränkt und fruchtlos solche Ansätze bleiben müssen, sei hier auf einen Aufsatz von Dietrich Geyer verweisen: Geyer, *Modern Imperialism?*

38 Lieven, *The Russian Empire and the Soviet Union*, S. 607.

39 Osterhammel, *Imperialgeschichte*, S. 223; Leitner, *Imperium*, S. 10.

40 Gerasimov et al., *In Search of New Imperial History*, S. 48.

senschaftlicher Bemühungen“ ist.<sup>41</sup> Dies soll im Folgenden anhand von Vorarbeiten anderer Forscher zur Begriffsdefinition von Imperium kurz angegangen werden.

Ein Imperium hat im sowjetischen Kontext stets mehrere Dimensionen. Hannes Adomeit macht drei Dimensionen imperialer Herrschaft – oder, wie er es nennt, „Ringe“ – aus. Der erste Ring war die Sowjetunion selbst, mit ihren verschiedenen Republiken als Vielvölkerreich. Der zweite Ring waren die Mitglieder des Warschauer Paktes, der äußerste dritte Ring wiederum bezog sich auf all die Staaten, auf die Moskau zwar keinen direkten Einfluss hatte, die aber in einem Abhängigkeitsverhältnis standen.<sup>42</sup> Die Vermischung der verschiedenen Ringe der imperialen Herrschaft führt mitunter zu weiterer Verwirrung über den Imperiums-begriff in der Literatur.<sup>43</sup> Die Gefahr besteht deshalb, eine Formulierung zu wählen, die so „weich [ist], daß sie beliebig wird“,<sup>44</sup> weshalb die Arbeitsdefinition hier so eingegrenzt wird, dass sie möglichst genau auf den zu fokussierenden zweiten Ring nach Adomeit passt.

Trotz der fehlenden Unterscheidung zwischen einem ersten und zweiten imperialen Ring in der Literatur, lohnt es sich, die gängigen Definitionen des Imperium-Begriffs, die auf die Sowjetunion angewendet wurden, nicht auszuschließen.<sup>45</sup> Diese werden zwar nicht ausreichen, um den Charakter des sowjetischen Imperiums in Osteuropa voll zu erfassen, sie bilden aber einen Einstieg. Ein Beispiel hierfür ist der Ansatz von Mark R. Beissinger mit seiner recht prägnanten Definition von Imperium. Für ihn definiert sich der Begriff durch eine „nonconsensual control“ über unterschiedliche Populationen.<sup>46</sup> Die gewaltsam durchgesetzte militärische Kontrolle eines imperialen Zentrums (in Falle der vorliegenden Arbeit die Sowjetunion, beziehungsweise deren Führungselite) über eine Peripherie (hier die sowjetische Einfluss-sphäre in Osteuropa) steht dabei deutlich im Vordergrund. Es wird hier also vor allem großer Wert auf die Abgrenzung zu Nationalstaaten und multinationalen Föderationen gelegt. Diese Kontrolle setzt eine Asymmetrie in der Machtverteilung voraus, die oft als eins der wichtigsten Merkmale imperialer Macht genannt wird.<sup>47</sup> Eine militärische Kontrolle

---

41 Osterhammel, *Imperialgeschichte*, S. 225. Allerdings sei dabei auch darauf hingewiesen, dass hierin auch eine Gefahr liegt, da durch die Zusammenstellung der Arbeitsdefinition das Ergebnis beeinflusst werden kann. So kommt Hans-Heinrich Nolte mit seiner Definition von Imperien zu dem Schluss, dass es sich im Falle der Sowjetunion gar nicht um ein Imperium handelte: Nolte, *Kurze Geschichte der Imperien*, S. 369–379.

42 Adomeit, *Imperial Overstretch*, S. 11.

43 Gerasimov et al., *In Search of New Imperial History*, S. 48.

44 Plaggenborg, *Experiment Moderne*, S. 248.

45 Einzige Ausnahme sollen Definitionen sein, die sich explizit ausschließlich auf die Sowjetunion als Vielvölkerreich konzentrieren, wie dies beispielsweise bei Tania Raffass der Fall ist: Raffass, *The Soviet Union*, S. 201.

46 Beissinger, *Rethinking Empire*, S. 18.

47 Leitner, *Imperium*, S. 59; Doyle, *Empires*, S. 27. Da in der Literatur durchaus unterschiedliche Definitionen des Begriffs der „Macht“ und Herrschaft existieren, sei an dieser Stelle kurz darauf verwiesen, dass in der vorliegenden Arbeit beide Begriffe im Sinne von Max Weber verstanden werden. Demnach ist Macht „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 38. Herrschaft definiert

wird auch von Adomeit als wichtiges Merkmal imperialer Herrschaft verstanden.<sup>48</sup> Er betont dabei aber auch, dass es – bei aller Asymmetrie der Beziehungen – ebenfalls wichtig ist, die Aushandlungsprozesse zu sehen, die zwischen dem imperialen Zentrum und seiner Peripherie stattfinden.<sup>49</sup>

Spätestens an dieser Stelle trifft man aber für das osteuropäische Imperium der Sowjetunion auf Probleme: Zwar sind Asymmetrien politischer, wirtschaftlicher und militärischer Art vorhanden, nur eben nicht immer zugunsten der Sowjetunion. Gerade imperiale „Definitionen“, die sich auf Machtbeziehungen einer Gesellschaft mit höher entwickelter Technologie zu einer mit niedrigerem Entwicklungsstand stützen, können für diese Arbeit nicht herangezogen werden.<sup>50</sup> Eine solche Definition mag im ersten imperialen Ring nach Adomeit noch funktionieren, im osteuropäischen Imperium lässt sich eine solche Charakterisierung schwerlich aufrechterhalten. Um ein Verständnis der Art des sowjetischen Imperiums in Osteuropa entwickeln zu können, ist die hier zu Grunde liegende Arbeitsdefinition folglich konzeptionell noch weiter zu fassen.

Dominic Lieven geht ein wenig weiter als Beissinger. Für ihn muss ein Imperium eine Großmacht sein, die großen Einfluss nicht nur auf die internationalen Beziehungen, sondern auch auf die kulturellen Werte einer historischen Epoche hat. Allerdings kann dies auch auf Nationalstaaten oder sogar Stadtstaaten zutreffen, weshalb Lieven eine weitere wichtige Eigenschaft definiert – den Raum. Bei der Entstehung von Imperien kommt es stets zu einer Phase der Expansion, die den Machtbereich deutlich über die bisherigen Grenzen ausdehnt. Ein Imperium muss somit über ein weitreichendes Territorium verfügen, das von Bevölkerungen besiedelt ist, die sich historisch, ethnisch und religiös unterscheiden.<sup>51</sup> Raum ist sicherlich ein wichtiger Faktor bei der Konstitution eines Imperiums, so sieht es auch Stefan Plaggenborg namentlich im Falle der UdSSR.<sup>52</sup> Da Lieven aber von Adomeits erstem imperialem Ring ausgeht, können viele seiner weiteren Faktoren imperialer Herrschaft hier nicht angewandt werden.<sup>53</sup> Es lohnt sich also, die Arbeitsdefinition um andere Punkte zu ergänzen. Der Imperiums-begriff, der hier verwendet werden soll, bezieht sich auf den RGW, die UdSSR wäre damit also ein Imperium gewesen, das über die eigenen Staatsgrenzen hinausgriff – damit stellt sich die Frage der Reichweite eines Imperiums. In der Literatur über Imperien wird deswegen oft auf die Wichtigkeit des Charakters der Grenze hingewiesen,

---

Weber als „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“.  
Ebd.

48 Adomeit, *Imperial Overstretch*, S. 33.

49 Ebd., S. 41.

50 Winks, *On Decolonization*, S. 545.

51 Lieven, *The Russian Empire and the Soviet Union*, S. 608; Lieven, *Empire*, S. xiv.

52 Plaggenborg, *Experiment Moderne*, S. 248.

53 Lieven, *The Russian Empire and the Soviet Union*, S. 609.

auch in Bezug auf den sowjetischen Einflussbereich in Osteuropa.<sup>54</sup> Grenzen spielen im Zusammenhang von Imperien eine zentrale Rolle. Imperien können sich im Zuge der Expansion über die eigenen Grenzen hinweg ausdehnen. Gerade in der Zeit der stetigen imperialen Ausdehnung charakterisiert sich die Grenze als bewegliche Erschließungs- und Eroberungsgrenze (*frontier*). Wird die imperiale Expansion jedoch aufgehalten, kann sich eine Barbarengrenze herausbilden, die das imperiale Innen klar von einem Außen abgrenzt.<sup>55</sup> Im Falle des „Ostblocks“ stellte der „Eiserne Vorhang“ ohne Zweifel letztere Art der Grenze dar. Mit der Etablierung einer Barbarengrenze geht auch eine Definition eines „Wir“ und eines „Die Anderen“ einher. Ausgrenzung und Eingrenzung waren wichtige Faktoren bei der Konstitution des osteuropäischen Imperiums der Sowjetunion.<sup>56</sup>

Innerhalb der imperialen Grenzen bilden sich starke Primärbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie aus, die meist einen Ausbeutungscharakter aufweisen. Die Grenzen innerhalb des Imperiums beginnen (für das Zentrum), zu verschwinden, oder werden zumindest vom imperialen Zentrum aus penetriert. Das muss allerdings nicht zwingend für die Grenzen zwischen den verschiedenen Regionen der Peripherie gelten. Diese können durchaus weiterbestehen.<sup>57</sup>

Das bisher Gesagte legt eine Definition nahe, die Yuri Slezkine etwas polemisch wie folgt zusammenfasste: „The Soviet Union was an empire – in the sense of being very big, bad, asymmetrical, hierarchical, heterogeneous, and doomed“.<sup>58</sup> Für die vorliegende Arbeit reicht das aber nicht aus, denn es lässt den Antrieb zur Bildung von Imperien außer Acht.

Das führt zu einem weiteren wichtigen Aspekt des Imperium-Begriffs – die imperiale Idee. Die Sowjetunion war ausgestattet mit einer universalen Ideologie, dem Kommunismus.<sup>59</sup> Sie wollte die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen in Osteuropa nach ihrer imperialen Idee neu ordnen. Das ist ein nicht zu marginalisierender Faktor, den auch Herfried Münkler in seinem Imperiums-begriff betont. Für ihn sind Imperien stets „Garanten und Schöpfer einer Ordnung“.<sup>60</sup> Im Falle der Sowjetunion bildete sich die imperiale Ordnung in der Zeit des Stalinismus heraus. Meist verbindet man mit dem Begriff Stalinismus vor allem ein System aus Terror und Repression, wie wir es aus der Zeit von Stalins Herrschaft kennen. Es geht hier

---

54 Osterhammel, *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats*, S. 209–239; Leitner, *Der imperiale Ordnungskomplex*, S. 1423; Leitner, *Imperium*, S. 88–89. Zur Grenze in Bezug auf das osteuropäische Imperium: Plaggenborg, *Experiment Moderne*, S. 268 ff.

55 Osterhammel, *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats*, S. 209–239; Leitner, *Der imperiale Ordnungskomplex*, S. 1423; Leitner, *Imperium*, S. 88–89.

56 Plaggenborg, *Experiment Moderne*, S. 268 ff.; Leitner, *Imperium*, S. 88 ff.

57 Osterhammel/Jansen, *Kolonialismus*.

58 Slezkine, *Imperialism as the Highest Stage of Socialism*, S. 227.

59 Mueller, *Die Sowjetunion als Imperium*, S. 1167; Lieven, *Empire*, S. 289 f.

60 Münkler, *Imperien*, S. 8.

jedoch nicht nur um die Besonderheiten der Herrschaftsausübung, sondern vielmehr um den strukturgebenden Charakter, den der Stalinismus für die Sowjetunion und ihr osteuropäisches Imperium ausübte. Diese Zeit hatte auf alle Gesellschaftsbereiche, allen voran die Wirtschaft, einen prägenden Charakter. Die Planwirtschaft, wie sie im sozialistischen Block später überall durchgesetzt wurde, bildete sich genau zu dieser Zeit heraus. Der Stalinismus wirkte damit hier genauso strukturbildend, wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Die Planwirtschaft entstand dabei unter dem Einfluss des stalinistischen Terrors. Grundlegende Eigenschaften dieses Wirtschaftssystems sind die Verstaatlichung der Wirtschaft, der Fünfjahrplan, das Monopol des Außenhandels, die fehlende Konvertibilität der Währung, die Kollektivierung der Landwirtschaft, ein erhöhtes Tempo bei der Entwicklung der Schwerindustrie und die Konzentration der wirtschaftlichen Entscheidungskraft in den Händen einer kleinen Elite. In der vorliegenden Arbeit wird deswegen mitunter von „stalinistischen Strukturen“ die Rede sein, was eben genau diese imperiale Ordnung bezeichnet, die sich in dieser Periode herausgebildet hatte.<sup>61</sup>

Es ist jedoch wichtig, zwischen imperialer Idee und imperialer Ordnung zu unterscheiden, da beide nicht miteinander kongruent waren. Wie Geoffrey Parker unterstreicht, entfernte sich das „leninistisch-stalinistische“ System von dem, womit sich Karl Marx hätte identifizieren können.<sup>62</sup>

Erst mithilfe der imperialen Idee und deren Verkörperung in einer imperialen Ordnung kann laut Münkler ein Barbarendiskurs begonnen werden.<sup>63</sup> Damit ist die Herausbildung einer Überzeugung von Überlegenheit der eigenen Zivilisation gegenüber dem imperialen Außen gemeint. Aus dieser ergibt sich auch eine „Zivilisierungsmission“ über die Grenzen des Imperiums hinaus.<sup>64</sup>

Das Streben nach der Idealvorstellung der kommunistischen Utopie war der primäre Antrieb der Sowjetunion, der sie stets vom kapitalistischen Außen abgrenzte. Diese Utopie ermöglichte es ihr, ohne größere Legitimitätsprobleme ihre Herrschaft auf andere Völker ausbreiten zu können – dieser universelle Anspruch ist allgemein auch eine durchaus herausragende Eigenschaft von Imperien.<sup>65</sup> Im Falle der UdSSR mündete dieser Anspruch in einen Gestaltungswillen, der klar über die Befriedigung eines Sicherheitsbedürfnisses hinausging.<sup>66</sup> Es ging der UdSSR also bei weitem nicht nur um das Beherrschen, sie wollte gestalten.

In diesem Kontext ist auch die Generierung von Konsens zur Legitimation der imperialen Herrschaft zu nennen, für welche sich ein Imperium verschiedener Strategien

---

61 Plaggenborg, *Die Sowjetunion – Versuch einer Bilanz*, S. 761.

62 Parker, *The Geopolitics of Domination*, S. 124.

63 Münkler, *Imperien*, S. 166.

64 Osterhammel, *The Great Work of Uplifting Mankind*.

65 Osterhammel, *Europamodelle und imperiale Kontexte*, S. 179.

66 Plaggenborg, *Experiment Moderne*.

bedienen kann. Wichtig ist hierbei, dass, je mehr dieser Konsens mit Mitteln der Gewalt erreicht wird, dieser immer nur so lange bestehen bleibt, wie keine Möglichkeit zum Dissens besteht.<sup>67</sup> Eine dauerhaftere Etablierung eines imperialen Konsenses kann durch die Einlösung des Versprechens auf Prosperität oder „Glückseligkeit“ erreicht werden, welches meist – im Falle der Sowjetunion im Besonderen –, bei der Etablierung einer imperialen Ordnung gegeben wird. Dieser Prozess ist in der Regel auch mit einem Übergang von der Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum zu einer „Zivilisierung“ verbunden. Der imperiale Raum ist in diesem Sinne gewissermaßen eine Insel der Prosperität, umgeben von Armut und Elend. Das Prosperitätsversprechen ist sicherlich eines der stärksten Argumente, mit dem ein Imperium seine Macht konsolidieren kann. Die Akzeptanz in der „imperialen“ Bevölkerung wächst umso mehr an, je mehr das Zentrum es schafft, dieses Versprechen auch einzulösen, was dem Imperium im Idealfall zusätzliche Stabilität verleiht. Der Charakter der „nonconsensual control“ tritt dann deutlich in den Hintergrund. Diese Stabilisierung wird von Münkler als Überschreiten der „augusteischen Schwelle“ bezeichnet.<sup>68</sup> Ulrich Leitner nennt diese Wandlung den Übergang von der Expansion in die Integration.<sup>69</sup> Das Realisieren dieses Meilensteins ist jedoch mitnichten garantiert. Wenn ein Imperium es nicht schafft, seine Macht zu konsolidieren, bleibt die Machtausübung gefährdet. Im Fall des RGW drängt sich die Frage auf, ob seine Wandlung während der Entstalinisierung als eine Phase charakterisiert werden kann, in der die sowjetische Elite einen Versuch begann, ihr osteuropäisches Imperium zu konsolidieren. Wenn dem so war, sind 1956 und 1968 dann Anzeichen, dass dieser Versuch gescheitert war oder zumindest ins Stocken geriet?

Abgegrenzt vom Außen sind Imperien stets auch eigene Kommunikationsräume,<sup>70</sup> konstituiert über Sprache, Massenmedien, Verwaltung, Wirtschaft und Gesetze, die sich immer weiter angleichen. Die Wirtschaft – das Ermöglichen eines Handels innerhalb des gesamten Imperiums – ist ein wichtiger Punkt bei der Konsolidierung eines Imperiums und wird von vielen Faktoren, wie beispielsweise einer gemeinsamen imperialen Währung geprägt. Dass gerade der wirtschaftliche Erfolg für die Sowjetunion stets ein wichtiger Faktor der eigenen Legitimierung war, muss kaum besonders erwähnt werden. Er ist es, der das Einlösen des Prosperitätsversprechens potentiell ermöglicht und den Konkurrenzkampf mit dem Westen entscheiden sollte. Die Wirtschaftsbeziehungen treten in solch einer Betrachtung freilich ganz besonders in den Fokus einer imperialen Definition. Die wirtschaftliche Prosperität hilft, die Legitimierung der eigenen imperialen Ordnung zu untermauern.

---

67 Annus, *Soviet Postcolonial Studies*, S. 36.

68 Münkler, *Imperien*, S. 113; Doyle, *Empires*, S. 93–98. „Augusteisch“ bezieht sich hierbei auf den römischen Kaiser Augustus, der das römische Imperium durch eine Reihe von Reformen konsolidiert hat.

69 Leitner, *Imperium*, S. 237–248.

70 Osterhammel, *Europamodelle und imperiale Kontexte*, S. 179.

Auf einen letzten Punkt sei hier noch eingegangen, welcher zweifellos zentral für die Art und Weise imperialer Beziehungen ist – die Art der Herrschaftsausübung. In der Literatur wird zwischen formalen und informalen Imperien („informal empires“) unterschieden. Formale Imperien bilden eine komplexe vielschichtige Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse über ihre Peripherie aus, die in eine imperiale Verwaltung mündet. Akteure des imperialen Zentrums üben Einfluss auf alle Sphären der Peripherie aus. Wenn innerhalb der imperialen Verwaltung bestimmte Bereiche der lokalen Elite überlassen werden, kann laut Michael Doyle von einer indirekten formalen Herrschaft gesprochen werden. Wenn aber die imperiale Verwaltung bis auf niedere Verwaltungsposten durch Repräsentanten des imperialen Zentrums dominiert wird, handelt es sich um eine direkte formale Herrschaft.<sup>71</sup>

Informal ist ein Imperium dann, wenn es seine Macht über subtilere Einflussmöglichkeiten wie technische Hilfen, diplomatischen Druck, Hoffnung auf weitere Kredite und ungleiche Allianzverträge etablieren kann. Gelegentlich kann diese Art der Einflussnahme auch durch Blockaden oder militärische Interventionen gestützt werden.<sup>72</sup> Der Einfluss muss sich aber auch auf innenpolitische Entscheidungen erstrecken, da es sich ansonsten nur noch um eine Hegemonie handelt.<sup>73</sup> Naturgemäß ist der Einfluss von „informal empires“ aber wesentlich geringer, was Auswirkungen auf den imperialen Charakter haben muss. Dieser ist hier wesentlich geringer ausgeprägt, als bei formalen Imperien. Für „informal empires“ ist beispielsweise die Durchsetzung einer imperialen Ordnung ungleich schwieriger als für formale. Auch der Charakter der Grenze gestaltet sich hier anders. Die imperiale Außengrenze ist wesentlich durchlässiger, da die Peripherie meist noch über einen gewissen Spielraum bei der Interaktion mit dem imperialen Außen verfügt. Auch die imperialen Innengrenzen bleiben bestehen, da der Einfluss vor Allem über diplomatische Kanäle ausgeübt wird. Aber auch hier kommt es durch verschiedene Arten der Intervention zu Penetrationen. Die osteuropäische Einflussphäre der Sowjetunion wird in der Literatur als „informal empire“ beschrieben.<sup>74</sup>

Die Frage der Herrschaftsausübung ist für das Verständnis der imperialen Beziehungen von großer Bedeutung, da sie sich über die Zeit deutlich ändern kann und dabei Aushandlungsprozessen unterworfen ist. Auch die vorliegende Arbeit wird immer wieder auf diesen Aspekt zurückkommen.

---

71 Doyle, *Empires*, S. 39 f.

72 Robinson, *The Excentric Idea of Empire*, S. 273.

73 Doyle, *Empires*, S. 40; Leitner, *Imperium*, S. 60 f.; Osterhammel/Jansen, *Kolonialismus*.

74 So argumentiert z. B. Adomeit: Adomeit, *Imperial Overstretch*, S. 32. Auch Lieven bezeichnet die Herrschaft der Sowjetunion über Osteuropa als Ausbildung eines „informal empires“: Lieven, *Empire*, S. 301. Auch Włodzimierz Borodziej spricht aufgrund der weiterhin formal bestehenden Souveränität von einer „indirekten Herrschaft“ in dieser Zeit, obwohl auch er einen direkten Charakter des Zugriffs durch sowjetische Berater sieht: Borodziej, *1956 as a Turning Point*, S. 329 f.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass sich Imperien durch eine Phase der Expansion herausbilden, in deren Folge das imperiale Zentrum über ein weitreichendes heterogenes Territorium durch eine „nonconsensual control“ herrscht. In der vorliegenden Arbeit werden zwei Arten von imperialer Herrschaft unterschieden. Während formale Imperien eine direkte Kontrolle mittels einer imperialen Verwaltung ausüben, setzen „informal empires“ ihren Einfluss weitestgehend über diplomatische Kanäle durch. Imperien verfügen dabei über eine imperiale Idee, die die Expansion rechtfertigt. Die Etablierung einer imperialen Ordnung wird als Zivilisierung der Peripherie verstanden und geht meist mit einem Prosperitätsversprechen einher. Das imperiale Herrschaftsgebiet grenzt sich deutlich von dem „Außen“ ab, das weiterhin „unzivilisiert“ bleibt. Wie weit die imperiale Ordnung in der Peripherie durchgesetzt werden kann, ist abhängig von der Art der imperialen Herrschaftsausübung, da formale Imperien über wesentlich mehr Möglichkeiten verfügen, diese durchzusetzen. Je nach Art der imperialen Herrschaft können auch die Grenzen zwischen Peripherie und imperialen Zentrum beginnen sich aufzulösen. Wird das Prosperitätsversprechen tatsächlich eingelöst, so kann sich an die Phase der Expansion eine Konsolidierung der imperialen Macht anschließen, da die Herrschaft des imperialen Zentrums durch die Peripherie als vorteilhaft wahrgenommen und somit unterstützt wird.

Dabei ist anzumerken, dass sich Imperien mitunter nicht eindeutig von anderen Formen der Dominanz unterscheiden lassen. Imperiale Macht kann unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Die Übergänge zu „hegemonialen“ oder Allianz-Beziehungen zwischen ungleich starken Partnern sind fließend.<sup>75</sup>

Im Zusammenhang mit dem Untergang der UdSSR wird auch gerne auf die Gefahr einer imperialen Überdehnung verwiesen, auf die das imperiale Zentrum zur Sicherung der eigenen Stabilität nur mit einem Rückzug reagieren kann.<sup>76</sup> Diese Idee geht auf Paul Kennedys Vergleichsstudie über Großmächte seit dem 16. Jahrhundert zurück. In Bezug auf die Sowjetunion argumentierte er, dass die Schwächen auf wirtschaftlichem Gebiet in Nachteile bei der militärischen Rüstung mündeten. Zur Aufrechterhaltung des Imperiums wurden daher im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung gigantische Summen aufgewendet.<sup>77</sup> Da diese These in der Zwischenzeit in Frage gestellt wurde,<sup>78</sup> ist es eines der Anliegen dieser Arbeit zu prüfen, ob und wenn ja, inwieweit die außenwirtschaftlichen „Kosten des Imperiums“ zur Überlastung der sowjetischen Ökonomie beigetragen haben. Ging das sowjetische Imperium auch zugrunde, weil es wirtschaftlich schlicht unvernünftig gewesen wäre, es weiter aufrecht zu erhalten?<sup>79</sup> Und wenn

---

<sup>75</sup> Osterhammel, *Imperialgeschichte*, S. 224.

<sup>76</sup> Leitner, *Imperium*, S. 116.

<sup>77</sup> Kennedy, *The Rise and Fall*; Bialer, *The Soviet Paradox*; Adomeit, *Imperial Overstretch*.

<sup>78</sup> Gregory, *Der Kalte Krieg*.

<sup>79</sup> Diese Frage wurde erst letztlich wieder von Suvi Kansikas gestellt: Kansikas, *Calculating the Burden of Empire*.

dem so war, für welchen Zeitpunkt lassen sich die ersten Ansätze ausmachen, dass die UdSSR mit den Rohstofflieferungen an ihre „Satellitenstaaten“ überfordert war?

Diese Arbeitsdefinition erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Für die vorliegende Arbeit ist es lediglich von Belang, einige wichtige Eigenschaften von Imperien zu definieren, die es erlauben, den Blick darauf zu schärfen, ob sich die imperialen Strukturen im sowjetischen Wirtschaftsimperium tatsächlich geändert haben. Wenn dem so wäre, müsste sich dies auch in einigen Punkten der Arbeitsdefinition niederschlagen.

### 3. Forschungsstand

Bereits zur Zeit des Bestehens des RGW setzte eine reiche Publikationstätigkeit zu dessen Struktur und Wesen ein. Diese Literatur lässt sich in zwei Typen einteilen. Zum einen gibt es Veröffentlichungen des RGW-Raums selbst, die aus naheliegenden Gründen darauf bedacht waren, stets die Erfolge des Rates und dessen reibungsloses Funktionieren zu beschreiben.<sup>80</sup> Ihre Bedeutung ist für diese Arbeit eher gering, da man allenfalls Nuancen herausarbeiten kann, um Entwicklungen sozialistischer Wirtschaftstheorien aufzuzeigen.

Der zweite Typ an zeitgenössischer Literatur sind westliche Publikationen zum Thema. Einen detaillierten Überblick über die Literatur im angelsächsischen Raum während der Phase der Existenz des RGW bietet die Bibliographie von Jenny Brine.<sup>81</sup> Die wissenschaftliche Auseinandersetzung jener Zeit wurde im Westen von Politikwissenschaftlern und Volkswirten dominiert, deren Forschungsinteressen auch die Themen bestimmten.

So legten die volkswirtschaftlichen Publikationen jener Jahre ihren Schwerpunkt auf die Untersuchung der wirtschaftlichen Integration innerhalb Osteuropas sowie den Handel mit dem kapitalistischen Ausland. Es wurden mit großem Aufwand Daten zusammengetragen<sup>82</sup> und komplizierte Formeln erstellt, um deren Vergleichbarkeit herzustellen und schlussendlich den Außenhandel analysieren zu können. Als für die damaligen Verhältnisse gründlich können die Ausarbeitungen von Michael Charles Kaser<sup>83</sup> und Rolf Ribí<sup>84</sup> gelten, die sich jeweils mit den Problemen der wirtschaftlichen Integration im „Ostblock“ auseinandersetzen. Der belgisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler van Brabant legte gleich eine ganze Reihe von Büchern zu

---

<sup>80</sup> Exemplarisch für diese Gruppe sei hier auf das Buch des langjährigen Sekretärs des RGW, Nikolaj Faddeev, hingewiesen: Faddeev, *Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe*.

<sup>81</sup> Brine, *COMECON*.

<sup>82</sup> Marer, *Soviet and East European Foreign Trade*.

<sup>83</sup> Kaser, *COMECON*.

<sup>84</sup> Ribí, *Das COMECON*.

Problemen des RGW vor.<sup>85</sup> Seine Arbeit stellt sicherlich die weitestgehende Analyse der RGW-Beziehungen unter dem Aspekt der Integration dar. Es gibt auch einige Abhandlungen von Politikwissenschaftlern zum RGW. Diese konzentrierten sich – wie auch die vorliegende Arbeit – auf Herrschaftsstrukturen innerhalb des RGW. Meist fehlte diesen Arbeiten aber der Zugang zu den Quellen, sodass die Aussagekraft ihrer Analysen begrenzt bleiben musste.<sup>86</sup> Ein weiterer wichtiger und einflussreicher, aber auch kontrovers diskutierter Beitrag wurde von Marie Lavigne geleistet<sup>87</sup>, die sich mit dem RGW-Handel ab Mitte der 1970er Jahre auseinandersetzte und damit als eine der ersten Forscher die Frage der sowjetischen Subventionen für Osteuropa aufwarf. Das führte zur Diskussion um die Opportunity Costs und die Terms of Trade, die sicherlich zu den bedeutendsten Themen der damaligen Literatur gehörte. Im Zentrum der Debatte steht ein Buch von Michael Marrese und Jan Vanous,<sup>88</sup> in welchem noch pointierter als bei Lavigne dargelegt wird, dass die Sowjetunion die anderen RGW-Staaten versteckt subventionierte. Diese versteckten Subventionen errechneten sich aus der Differenz der möglichen Einnahmen vornehmlich durch den Verkauf von Primärgütern auf dem kapitalistischen Markt und den Preisen innerhalb des RGW. Marrese und Vanous interpretierten diese Wirtschaftshilfe als politisch motiviert, da in ihren Augen Länder mit einer größeren politischen Bedeutung deutlich stärker gefördert wurden als Länder mit einer geringeren Bedeutung. Wie bereits im Abschnitt über sozialistische Statistiken erwähnt, basierten all diese Arbeiten aber auf problematischen Daten und mussten entsprechend stets zu einem nicht geringen Teil auf Interpretation beruhen. So überrascht es kaum, dass die Diskutanten immer mit unterschiedlichen Zahlen aufwarten konnten, um ihre eigenen Argumente zu untermauern. Die Höhe der Opportunity Costs sowie deren Grund war in der Folge Gegenstand einer größeren Kontroverse, deren Bandbreite sich von einer bloßen Korrektur bis zur kompletten Ablehnung einer solchen Berechnung erstreckte.<sup>89</sup> Die Problematik der gestörten Preissysteme in Osteuropa beschäftigt die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in den verschiedensten Bereichen bis heute.<sup>90</sup> Auch die Frage der sowjetischen

---

85 Brabant, *Essays on Planning*; Brabant, *East European Cooperation*; Brabant, *The USSR and Socialist Economic Integration*; Brabant, *Regional Price Formation*; Brabant, *Socialist Economic Integration*.

86 Z. B.: Damus, *RGW*; Metcalf, *The CMEA*; Reisinger, *Energy and the Soviet Bloc*; Sobell, *The CMEA in Crisis*.

87 Lavigne, *The Soviet Union*. Der Artikel wurde von van Brabant kritisiert: Brabant, *The USSR and Socialist Economic Integration*. Es sollte aber an dieser Stelle auch angemerkt werden, dass die Diskussion über Opportunity Costs innerhalb des RGW-Handels wesentlich älter ist. Einen Überblick zur Literatur vor 1974 ist bei Edward A. Hewett zu finden: Hewett, *Foreign Trade Prices*, S. 43–48.

88 Marrese/Vanous, *Soviet Subsidization of Trade*, S. xviii.

89 Siehe z. B.: Marer, *Soviet Economic Relations*; Poznanski, *Pricing Practices*, S. 929; Stone, *Satellites and Commissars*; Brada, *Soviet Subsidization of Trade*.

90 Siehe z. B.: Vonyó/Klein, *Why Did Socialism Fail?*

Subventionen für Osteuropa ist noch immer Gegenstand der Diskussion.<sup>91</sup> Eine endgültige Antwort wird in dieser Frage wohl auch nicht mehr gefunden werden.

Meist tendierten die zeitgenössischen Arbeiten dazu, zum Zweck der Modell- und Theoriebildung wichtige Sachverhalte stark zu vereinfachen, wobei diese Verallgemeinerungen aber auch durch den in dieser Zeit fehlenden Zugang zu den Quellen herrühren. Das erklärt auch, warum die Analysen einiger Probleme eher oberflächlich bleiben mussten. Van Brabant fasst diese Misere zusammen:

Whereas Western integration has been pursued with the backing of massive official documentation and intensive independent research, SEI [socialist economic integration; E. R.] and the activities of its ruling organs remain largely shrouded in secrecy or conflicting evidence. Only the barest minimum of systematic information on the more challenging aspects of economic cooperation in Eastern Europe has been divulged. Consequently, a comprehensive analysis of the council and its activities is still very difficult.<sup>92</sup>

Die Idee eines „gemeinsamen Plans“ beispielsweise wurde bereits in dieser Zeit angesprochen. Jedoch diskutierten alle zeitgenössischen Abhandlungen stets ein oder zwei Zitate, die weder Klarheit über die Intension erbrachten, noch die Existenz der Idee bis zum letzten nachweisen konnten. Selbst das genaue Datum der RGW-Gründung war nicht sicher.<sup>93</sup>

Als besondere Gruppe sind noch einige wenige Autoren zu nennen, die aufgrund ihrer früheren Positionen aus dem Innenleben des RGW berichten konnten. So zum Beispiel Adam Zwass, der eine hohe Stellung in der polnischen Zentralbank innehatte. Aufgrund der damaligen antisemitischen Politik der polnischen Regierung emigrierte er 1969 nach Österreich. Zwass kritische Analyse der ökonomischen Integration stellte einen wichtigen Beitrag zur damaligen RGW-Literatur dar, da er unter anderem auch historische Zusammenhänge darlegte.<sup>94</sup>

Auch zu erwähnen ist Karel Kaplan, dessen Veröffentlichungen bis heute in Arbeiten zum RGW rezipiert werden.<sup>95</sup> Kaplan arbeitete zwar nie direkt für die RGW-Organe, doch er war „Konsultant für Geschichte“ in der ideologischen Abteilung des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und während des Prager Frühlings Mitglied der ZK-Kommission für die Rehabilitierung der zu Unrecht verurteilten Personen. Im Zuge der Niederschlagung des Aufstandes wurde er aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, verlor seine Anstellung und emigrierte

---

<sup>91</sup> Spechler/Spechler, *A Reassessment*.

<sup>92</sup> Brabant, *Socialist Economic Integration*, S. 13.

<sup>93</sup> Ebd., S. 32.

<sup>94</sup> Zwass, *Der RGW*.

<sup>95</sup> Exemplarisch sei hier auf Leonid Gibianskij und Valentina Fava verwiesen: Gibianskij, *Die Gründung des RGW*; Fava, *COMECON Integration (2008b)*.

schließlich 1976 in die Bundesrepublik.<sup>96</sup> Seine Arbeiten liefern gerade für die Jahre des Stalinismus einige bis heute sehr wichtige Innenansichten des RGW.<sup>97</sup>

Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Geschichte des Ostblocks führte der Zerfall der Sowjetunion und die damit verbundene kurzzeitige Öffnung der Archive nicht zu einer Belebung der Veröffentlichungen zum RGW. Ganz im Gegenteil, das Interesse an der wirtschaftlichen Dimension des sowjetischen Blocks nahm in den 1990ern und im ersten Jahrzehnt des zweiten Jahrtausends stark ab. Historiker konnten sich für das Thema kaum erwärmen und für die Volkswirtschaftslehre war es nach der Auflösung des RGW nicht mehr von Interesse. Einige wenige Publikationen sind zu nennen, die diesem Trend entgegenstehen. Allen voran ist hier das Buch „Satellites and Commissars“ des bereits zitierten Randall W. Stone zu nennen.<sup>98</sup> Stone konnte seine Abhandlung nicht nur auf viele Interviews mit Akteuren des RGW-Handels stützen, er war auch der einzige Forscher, der für die Dauer von fast zwanzig Jahren Zugang zum ehemaligen RGW-Archiv hatte, das nun Teil des Russischen Staatlichen Archives für Wirtschaft (RGAË) ist.

Seine Arbeit stellt einen Umbruch in der RGW-Literatur dar. Basierten Arbeiten bis zu Stones Veröffentlichungen mitunter auf wenigen öffentlichen Stellungnahmen sowie Vermutungen und eher raren Berichten, so konnte Stone erstmals große Teile der Geschichte des RGW mithilfe von Archivmaterial und Interviews nachzeichnen.

Stone leistete so einerseits einen wichtigen Beitrag zur Debatte über die versteckten Subventionen, indem er aufzeigen konnte, dass die Höhe der Subventionen sich schlicht an der Wirtschaftsleistung der Länder orientierte und von deren Verhalten kaum beeinflusst wurde. Zum anderen lieferte er eine Begründung für die schwache Durchsetzungskraft der UdSSR durch die Principal-Agent-Theorie. Seiner Interpretation zufolge, konnte sich die Sowjetunion zwar auf den oberen Verhandlungsebenen durchsetzen, die anderen RGW-Mitgliedsländer schafften es jedoch stets, die Positionen der Sowjetunion auf den unteren Ebenen aufzuweichen. Stone konnte tatsächlich die Forschung zum RGW auf eine neue Quellengrundlage stellen, allerdings stellte er seine Erkenntnisse nicht immer in den Kontext der bereits veröffentlichten Literatur.

Eine weitere wichtige Arbeit zum RGW stellt Ralf Ahrens' Arbeit „Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976“ dar, in der anhand von Archivmaterial die Rolle der DDR im RGW

---

96 Kaplan, *The Council for Mutual Economic Aid*, preface.

97 Kaplan, *Die Entwicklung des RGW*; Kaplan, *The Council for Mutual Economic Aid*; Kaplan, *The Short March*. Es gibt von Kaplan auch neuere Veröffentlichungen zum RGW auf Tschechisch: Kaplan, *Československo v RVHP 1949–1956*; Kaplan, *Rada vzájemné hospodářské pomoci 1957–1967*. Aufgrund ungenügender Tschechischkenntnisse konnten diese nicht berücksichtigt werden. Lediglich das erstgenannte Buch findet hier am Rande Beachtung, da es eine umfangreiche Quellensammlung hat. Hier findet man viele Quellen, die Kaplan bereits früher übersetzt veröffentlicht hat. Im Gegensatz zu den älteren Veröffentlichungen sind hier nun aktuelle Signaturen auf die Archive enthalten.

98 Stone, *Satellites and Commissars*.

analysiert wird. Beide Arbeiten diskutierten dabei lediglich, warum die Integration, die Stone als „forty years of disintegration“ charakterisierte, gescheitert war. Leider blieben diese Arbeiten für lange Zeit eher Einzelfälle, sodass nach wie vor in der Literatur Unklarheiten über wichtige Stationen der Entwicklung des RGW herrschen.

In den letzten Jahren kam es allerdings zu einer gewissen Belebung der Forschung zum RGW. Besonders hervorzuheben sind einige vorzügliche neue Regionalstudien, die sich mit einem Teil der Geschichte des RGW beschäftigen und diesen in nie gekannter Tiefe durchleuchten. Valentina Fava hat dies beispielsweise mit der tschechoslowakischen Automobilindustrie getan.<sup>99</sup> Ebenfalls zu nennen sind hier Elena Dragomirs Arbeit zur Rolle Rumäniens im RGW in den Jahren 1960–64<sup>100</sup> sowie die Arbeit von Suvi Kansikas zu den Beziehungen des RGW zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).<sup>101</sup> Auch der Sammelband „COMECON Revisited“ soll hier nicht unerwähnt bleiben, der im Zuge einer Fachkonferenz zum RGW entstanden ist.<sup>102</sup>

Auch in Russland sind in den letzten Jahren einige Arbeiten vorgelegt wurden, die sich mit dem RGW auseinandergesetzt haben. Hierzu zählt beispielsweise die Arbeit von Oleg Širokov „SEV v Mirovoj Ėkonomiki“. Sie beruht auf einer intensiven Quellenstudie, die allerdings auf den nicht geheimen Aktenbestand beschränkt bleiben musste, was sich leider negativ auf die Qualität der Arbeit ausgewirkt hat.<sup>103</sup> Auch Michail Lipkin beschäftigte sich in seinen Büchern mit dem RGW. Dort lieferte er einige interessante neue Details zur Geschichte des Rates.<sup>104</sup>

Doch nach wie vor fehlen Arbeiten zu wichtigen Themenfeldern fast gänzlich: Die Rolle des RGW in der Zeit des Stalinismus mag ein Beispiel sein, das auch in der vorliegenden Arbeit diskutiert wird, aber bei weitem nicht in der gesamten Tiefe erörtert werden kann. Außerdem folgen nach wie vor viele Arbeiten alten Mustern und untersuchen den RGW unter dem Blickpunkt der gescheiterten Integration. Vergleichsweise wenige Werke versuchen dagegen, neue Perspektiven auf das Thema zu eröffnen. Als erfrischendes Beispiel ist ein Aufsatz zu nennen, der einen ähnlichen Weg wie die vorliegende Ausarbeitung geht: Simon Godard und Laurien Crump analysieren die Wandlung des RGW und des Warschauer Paktes hin zu einer internationalen Institution in den 1960er Jahren.<sup>105</sup> Verwiesen sei hier noch auf das Buch „The CMEA in Crisis“ von Vlad Sobell, der dort bereits versuchte, den RGW aus einer imperialen

99 Fava, *Socialist People's Car*; Fava, *COMECON Integration (2008b)*.

100 Dragomir, *Cold War Perceptions*.

101 Kansikas, *Socialist Countries*.

102 Z. B.: Müller/Jaješniak-Quast, *COMECON Revisited*.

103 Man muss allerdings festhalten, dass dies nicht Širokovs Verschulden war, sondern viele Akten, die für die vorliegende Arbeit grundlegend waren, zu seiner Zeit noch immer unter Verschluss gehalten wurden.

104 Lipkin, *Sovetskij Sojuz i integracionnye processy (2016)*; Lipkin, *Sovet Ėkonomičeskoj Vzaimopomošči*.

105 Crump/Godard, *Reassessing Communist International Organisations*.

Perspektive heraus zu interpretieren, wobei noch viele Fragen offen blieben.<sup>106</sup> Auch in der Literatur, die sich mit dem osteuropäischen Imperium der Sowjetunion auseinandersetzt, wurde die wirtschaftliche Seite der Beziehungen mitunter aufgegriffen.<sup>107</sup> Eine tiefgreifende Studie, die sich dem Thema ausführlich widmen würde fehlt jedoch bisher.

---

**106** Sobell stellte bereits den Wechsel in den Herrschaftsbeziehungen des RGW fest, jedoch antwortet er nur oberflächlich, wie es dazu kommen konnte. Aus seiner Sicht ist das veränderte Herrschaftsverhältnis auf ein „maturing“ zurückzuführen: Sobell, *The CMEA in Crisis*, S. 26.

**107** So zum Beispiel Plaggenborg: Plaggenborg, *Experiment Moderne*. Aber auch Adomeit lässt in seine Studie wirtschaftliche Aspekte einfließen (ohne allerdings auf den RGW einzugehen): Adomeit, *Imperial Overstretch*. Auch Valerie Bunce untersuchte die wirtschaftlichen Aspekte des osteuropäischen Imperiums: Bunce, *The Empire Strikes Back*. Andere Studien, wie zum Beispiel „The Soviet State as Imperial Scavenger“ von Austin Jersild, untersuchen Teilaspekte des Problems – in diesem Falle den Technologietransfer zu Gunsten des imperialen Zentrums. Siehe: Jersild, *The Soviet State*.

# 1. Der RGW in der Stalin-Periode

## 1.1 Die imperiale Expansion nach Osteuropa

Die Geschichte des „zweiten imperialen Ringes“ der Sowjetunion begann mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Mit der bedingungslosen Kapitulation aller Aggressorstaaten endete für die Sowjetunion eine der traumatischsten Phasen ihrer Geschichte. Wirtschaftlich hätte der Krieg kaum verheerender sein können. Durch die brutale, auf Vernichtung ausgelegte Kriegsführung der Deutschen im Osten verlor die UdSSR innerhalb weniger Jahre nicht nur einen ungeheuer großen Teil ihrer Bevölkerung, sondern auch einen immensen Teil ihrer Wirtschaftsleistung, da der Krieg gerade im wirtschaftlich am weitesten entwickelten europäischen Teil der UdSSR wütete. Die Sowjetunion wurde in den ersten Kriegsjahren an den Rand des Kollapses gebracht. Gerade Industriezweige wie die Leichtindustrie, die auch schon durch die stalinistische Industrialisierung vernachlässigt worden waren, verloren in den Kriegsjahren viel an Potential. Das in der UdSSR auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg bestehende Versorgungsproblem im Konsumgütersektor wurde durch den Krieg noch zusätzlich angeheizt. Die UdSSR war wieder gezwungen, Konsumgüter und Lebensmittel streng zu rationalisieren.<sup>1</sup> Gleichzeitig jedoch war die Sowjetunion eine der Siegermächte und ihre Truppen standen 1945 in halb Europa. Sie konnte sich zudem international einer gewissen Sympathie erfreuen – viele Intellektuelle teilten die Ansicht, dass dem Sozialismus die Zukunft gehöre.<sup>2</sup>

Der Sieg der sowjetischen Truppen ermöglichte es der Sowjetunion, ihr Einflussgebiet deutlich zu erweitern und eine imperiale Expansion einzuleiten. Diese hatte schon vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion eingesetzt. Damals blieb sie aber beschränkt auf ehemalige Gebiete des Russischen Reiches.<sup>3</sup> Diese wurden direkt in das sowjetische Staatsgebiet eingegliedert. Stalin stellte klar, dass er diese Expansion auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fortsetzen wollte. Neben den

---

1 Ironside, *The Value of a Ruble*, S. 55.

2 Fiesler et al., *Später Stalinismus*, S. 133.

3 Plaggenborg, *Experiment Moderne*, S. 255–264.

eher moderaten Gebietserweiterungen im Westen und im Osten wollte er sich auch einen Einfluss überall dort sichern, wo die sowjetischen Truppen nach dem Krieg vordringen konnten. Gegenüber jugoslawischen Kommunisten hatte er diesen Anspruch auch klar formuliert: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“<sup>4</sup> Schon das sowjetische Sicherheitsinteresse war nach dem Krieg für Stalin Begründung genug, deutlichen Einfluss auf diese Gebiete zu nehmen, um sicherzustellen, dass von dieser Region keine Gefahr mehr für die Sowjetunion ausgehen kann.<sup>5</sup> Stalin machte sich dabei kaum Hoffnungen, dass es zu proletarischen Revolutionen in weiteren Ländern Europas kommen könnte.<sup>6</sup> Gleichzeitig gibt es aber kaum Hinweise darauf, dass Stalin einen vorgefertigten Plan für den Raum hatte. Wie das obige Zitat zeigt, hoffte er wohl langfristig darauf, stalinistische Systeme nach dem sowjetischen Vorbild in der neuen sowjetischen Einflussphäre errichten zu können. Kurz bis mittelfristig war Stalin aber nicht bereit, für diese Ziele einen neuerlichen Krieg zu riskieren. In Anbetracht der großen Verwüstung in der Sowjetunion brauchte Stalin dringend Frieden, um den Wiederaufbau anzugehen. Moskau hoffte obendrein kurzfristig auf weitere Kredite aus Amerika und war durchaus offen für eine Erweiterung der Handelsbeziehungen zum Westen, um durch einen regen Außenhandel den Wiederaufbau beschleunigen zu können.<sup>7</sup> Das war ein wichtiger Punkt in den ersten Jahren der stalinschen Politik in Osteuropa.<sup>8</sup> Er wollte versuchen, die alliierten Partner nicht mit einer zu harschen Einflussnahme in Osteuropa zu verprellen, zumal es Anzeichen gab, dass sich die USA wieder aus Europa zurückziehen wollten und auch der Wiederaufbau in Europa über die europäische Wirtschaftskommission organisiert werde,<sup>9</sup> also ohne den direkten Einfluss der USA und ohne einen Wiederaufbau Deutschlands.<sup>10</sup> Das hätte die Rolle der Sowjetunion in Europa deutlich aufgewertet und ihr langfristig die Chancen gegeben, ihren Einfluss auch noch weiter in den Kontinent auszudehnen.

Die sowjetische Außenpolitik dieser Jahre war deswegen durch einen „vorsichtigen Opportunismus“ geprägt.<sup>11</sup> Stalin machte gegenüber anderen Kommunisten klar, dass er die erreichte Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg als für die Sowjetunion (und damit für die gesamte kommunistische Bewegung) bereits als äußerst vorteilhaft ansah. Stalin wollte versuchen, die sowjetfreundliche Stimmung in einigen Teilen der

---

4 Dilas, *Gespräche mit Stalin*, S. 146.

5 Filitov, *Problems of Post-War Construction*, S. 14; Kramer, *Stalin, Soviet Policy*.

6 Plaggenborg, *Experiment Moderne*, S. 265.

7 Rieber, *Popular Democracy*, S. 116 f.; Sanchez-Sibony, *Red Globalization*, S. 57–64; Fiesler et al., *Später Stalinismus*, S. 140.

8 Naimark, *The Sovietization of East Central Europe*, S. 65; Hahn, *Postwar Soviet Politics*, S. 87.

9 Kaplan, *Die Entwicklung des RGW*, S. 12.

10 Iber, *Stalins Wirtschaftspolitik*, S. 350 f.

11 Fiesler et al., *Später Stalinismus*, S. 133.